

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 48/99

Berlin

2. Dezember 1999

66. Jahrgang

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus Sonderweg immer mehr ein Leidensweg

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Belarus glaubt sich seit Jahren einer wirtschaftlichen „Blockade“ ausgesetzt und sucht sein Heil in einer Anlehnung — wenn nicht sogar in einem Anschluß — an Rußland. Daß die Hoffnung auf Rettung durch den östlichen Nachbarn letztlich vergeblich und die vermeintliche Blockade in Wirklichkeit nur Selbstisolierung sein könnte, hat sich dem Regime jahrelang nicht erschlossen. Im Zuge seiner eigenen Krise hat Rußland nun deutlich werden lassen, daß die Sorge um Belarus nicht zu seinen ersten Prioritäten zählt. Notgedrungen mußte Belarus wirtschaftspolitisch reagieren. In der Außenhandelsorientierung hat dies bereits seinen Niederschlag gefunden. Ob auch Änderungen in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung zu erwarten sind, muß jedoch als äußerst fraglich gelten.

Die Aufgabe, die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklungen in Belarus einer sorgfältigen Analyse zu unterziehen, bleibt auf jeden Fall aktuell, schon allein weil Rußland manchmal den Eindruck erweckt, als wolle es Elemente der weißrussischen Wirtschaftspolitik übernehmen. Zudem darf nicht ungeprüft vermutet werden, ein unerfreuliches Regime müsse zwangsläufig auch eine erfolglose Wirtschaftspolitik betreiben. Und schließlich gebietet es die geographische Lage des Landes als Brücke zu Rußland, die Entwicklungen in Belarus wachsam zu verfolgen.¹

Produktion, Investitionen, Preise

Angesichts der starken administrativen Eingriffe in die Preis- und Wechselkursbildung kann bezweifelt werden, daß die offiziellen Zahlen² zur wirtschaftlichen Entwicklung der Republik Belarus ein realistisches Bild der Zustände liefern. Die Verzerrungen sind quantitativ nicht zuverlässig zu bestimmen. Es genügt aber schon ein Blick auf die zeitliche Entwicklung der offiziellen Wachstumsraten, um einen Eindruck vom Ausmaß der wirtschaftlichen Probleme zu gewinnen. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandspro-

dukts (BIP) betrug nach den letzten verfügbaren Angaben im Jahr 1999 nur mehr 1,5% (hier und im folgenden, soweit nicht anders vermerkt, Januar bis August 1999 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode), nachdem sie in der ersten Jahreshälfte 1998 noch deutlich über

¹ Dieser Bericht wird auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 354/1999, IWH Forschungsreihe 8/1999.

² Soweit nicht anders vermerkt, sind die nachfolgenden Zahlenangaben den Veröffentlichungen des Ministeriums für Statistik und Analyse (Minstat) der Republik Belarus entnommen.

10 % gelegen hatte (vgl. auch Tabelle 1). Die zeitliche Korrespondenz mit dem Ausbruch der russischen Finanzkrise läßt keinen Zweifel zu, daß dadurch die hausgemachten Probleme in Belarus drastisch verschärft wurden.

Wesentliche Dimensionen der weißrussischen Wirtschaftsprobleme zeigt eine Betrachtung der offiziellen Zahlenangaben zur Verwendungsseite des BIP. Der private Verbrauch (gemessen am realen Einzelhandelsumsatz), der noch im ersten Halbjahr 1998 mit einer Jahresrate von über 40 % zugenommen hatte, wuchs im Jahr 1999 praktisch nicht mehr (+0,2%). Ebenso drastisch stellt sich die Entwicklung bei der Investitionstätigkeit dar (Tabelle 2). Die Bruttoanlageinvestitionen gingen im laufenden Jahr um 3 % zurück; im Gesamtjahr 1998 hatte es noch einen Zuwachs um 25 % gegeben. Vom Staatsverbrauch und von den Lagerinvestitionen sind nach den verfügbaren Informationen insgesamt kein identifizierbarer Wachstumsimpuls ausgegangen. Es muß jedoch neuerlich daran erinnert werden, daß präsidential gelenkte Kredite der Notenbank an industrielle und landwirtschaftliche Betriebe einen wichtigen Hebel staatlichen Einflusses auf die Wirtschaftsaktivität darstellen und damit der Staatshaushalt umgangen wird.

Die drastische Verringerung des Defizits im Außenhandel trug entscheidend dazu bei, daß die negative Entwicklung bei den inländischen Verwendungskategorien nicht voll auf das BIP durchschlagen konnte. Fast drei Viertel

des Vorjahresdefizits von knapp 1 Mrd. US-Dollar konnten 1999 abgebaut werden (jeweils Januar bis Juli). Bemerkenswert dabei ist, daß dieser Erfolg nicht wie im Falle Rußlands ausschließlich durch Importkürzungen erzielt wurde, sondern auch durch eine beträchtliche Steigerung der Exporte in den Nicht-GUS-Raum; im Handel mit dieser Ländergruppe ging das Defizit von 855 Mill. US-Dollar auf nur mehr 16 Mill. US-Dollar zurück (vgl. auch Abschnitt Außenwirtschaft).

Sowohl der private Verbrauch als auch die Investitionen zeigen differenzierte Entwicklungen. Hinter der Stagnation des Einzelhandelsumsatzes verbergen sich zwei Komponenten. Der statistisch erfaßte Einzelhandelsumsatz ging im Berichtszeitraum deutlich zurück (-3,5%). Wenn dennoch der gesamte Einzelhandelsumsatz leicht zunahm (+0,2%), so liegt dies daran, daß ein großer Teil des Handels zwar von der offiziellen Statistik nicht erfaßt, dafür aber von ihr geschätzt wird. Für diesen geschätzten Handel wird eine Zuwachsrate von 10,5% angegeben; sein Umfang beträgt nicht weniger als 41 % des erfaßten Handels. Es bleibt daher festzuhalten, daß die Angaben zur Entwicklung der größten Verwendungskategorie des BIP ganz wesentlich auf zwar nicht notwendigerweise unplausiblen, jedoch auf jeden Fall schwer überprüfbareren Schätzungen beruhen.

Hinter dem Rückgang der gesamten Bruttoanlageinvestitionen um 3 % verbergen sich ebenfalls zwei gegenläufige Bewegungen. Die Investitionen in Maschinen und

Tabelle 1

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990 bis 1999
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 Januar bis August
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	.	-1	-10	-8	-13	-10	3	11	8,3	1,5
Industrieproduktion ¹⁾	2,1	-1,0	-9,4	-10,0	-17,1	-11,7	3,5	18,8	11	6,6
Agrarproduktion ¹⁾	-8,7	-4,9	-8,5	3,7	-14,4	-4,7	2,4	-4,9	-0,4	-10,2
Bruttoanlageinvestitionen ¹⁾	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20	25	-3,0
Gütertransportvolumen ²⁾	-3	-6	-25	-30	-36	-26	-19	7	6,0	-3,3
Beschäftigte	1	-3	-3	-1	-3	-6	-1	0	0,5	-1,6
Einzelhandelsumsatz ¹⁾	15	-8	-22	-14	-10	-23	31	18	21	0,2
Nominale Geldeinkommen pro Kopf	18	94	754	1 393	2 008	497	80	74	108	280
Nominallöhne	16	101	838	1 107	1 504	669	61	88	104	284
Reallöhne	14	4	-12	-7	-31	-5	5	14	18	-1,9
Verbraucherpreise										
Jahresdurchschnitt	5	94	971	1 190	2 221	709	53	64	73	-
Dezember zu Dezember	.	.	.	1 997	1 960	244	39	63	182	206
Industrielle Erzeugerpreise										
Jahresdurchschnitt	.	165	531	1 787	1 916	499	32	89	70	-
Dezember zu Dezember	.	238	4 091	3 868	1 857	140	29	90	196	265
Arbeitslosenquote am Periodenende	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7	3,9	2,8	2,3	2,1

¹⁾ Real. — ²⁾ Auf Tonnenbasis.

Quellen: Minstat: Respublika Belarus' v cifrach, Minsk 1997, S. 5, 57 und 169; Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1998; Minstat: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' janvar'-avgust 1999, Minsk 1999, S. 114.

Tabelle 2

Investitionsentwicklung in konstanten Preisen 1990 bis 1999
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 Januar bis Juni
Investitionen insgesamt	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20	25	-4
Produzierender Bereich	5	4	-40	-13	-10	-29	2	14	25	-9
Industrie	2	6	-29	-11	12	-36	-0	19	41	-6
Landwirtschaft	8	-5	-51	-31	-46	-34	-16	1	34	-10
Bauwirtschaft	2	27	-54	-12	-20	-47	-32	23	43	-24
Transport	3	39	-27	7	-24	0	0	23	95	-12
Nachrichtenwesen	0	-17	-58	37	-5	100	81	-20	-21	-
Handel und Gaststätten	12	-8	-43	-3	81	-62	19	15	59	-17
Materialversorgung und Absatz	38	-27	-38	48	-24	-15	27	71	8	3
Nichtproduzierender Bereich	16	4	-7	-16	-12	-33	-14	29	24	5
Wohnungsbau	13	10	-11	-19	-10	-44	-5	42	27	10
Kommunalwirtschaft	20	18	-1	-8	-27	-19	-12	8	17	-23
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	8	27	23	-22	-12	-16	-30	28	13	31
Bildungswesen	-9	-3	-4	-12	-13	-58	-1	26	11	-12
Kultur und Kunst	-6	6	-37	-13	-25	-29	-24	21	88	-
Wissenschaft	6	-41	-65	-15	-24	-23	-65	150	-13	-35
Finanzsektor, Banken, Versicherungen	138	28	-41	-27	39	115

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1996, S. 159 und 164 f.; Nr. 12, 1997, S. 162, 166; Nr. 12/1998, S. 144 ff.

Ausrüstungen gingen um 24 % zurück, zugleich nahmen die Bauinvestitionen um 7 % zu. Im Zuge dieser Entwicklung sank der Anteil der Maschineninvestitionen an den Gesamtinvestitionen auf zuletzt 25 % (von 32 % in der entsprechenden Vorjahresperiode). Eine gegenläufige Entwicklung ergibt sich auch bei „produktiven“ (produktionsrelevanten) und „nicht-produktiven“ Investitionen. Während bei den produktiven Investitionen ein Rückgang um 12 % zu verzeichnen war, wuchsen die nicht-produktiven Investitionen mit 9 % weiter kräftig. Eine Betrachtung der Investitionstätigkeit nach Sektoren und Branchen zeigt, daß 1999 nur noch die Wohnungsbauinvestitionen sowohl expansiv als auch von Gewicht waren. Im Vorjahr dagegen galt dies zusätzlich für die Investitionen in der Industrie und im Transportsektor. Auffallend ist schließlich auch der unterschiedliche Beginn der Wachstumseinbrüche bei den Investitionen und beim privaten Verbrauch. Während beim privaten Verbrauch bereits im vierten Quartal 1998 ein Entwicklungsbruch eintrat (-3 % gegenüber der Vorjahresperiode, nach +34 % im dritten Quartal), expandierten die Investitionen noch bis Ende 1998 äußerst kräftig (+24 % im vierten Quartal 1998), um erst mit dem ersten Quartal 1999 zu kontrahieren (-4 %). Dies erscheint als ein Versuch, die Investitionstätigkeit trotz drastisch verschlechterter wirtschaftlicher Gesamtlage auf Kosten des Konsums aufrechtzuerhalten.

Die Entstehungsseite des BIP zeigt, daß die Entwicklung der industriellen Produktion (+7 %) eine wesentliche

Stütze des gesamtwirtschaftlichen Wachstums war (Tabelle 3). Demgegenüber ging die landwirtschaftliche Produktion stark zurück (-10 %), vor allem die Erzeugung von Getreide (-26 %), aber auch die von Fleisch, Milch und Milchprodukten. Die Leistung des Transportsektors sank ebenfalls (-3 % beim Transportvolumen bzw. -2 % in t/km).

Innerhalb der Industrie stellt sich die Entwicklung in den einzelnen Zweigen, in der Reihenfolge ihres Anteils an der industriellen Gesamtproduktion, wie folgt dar: Im Bereich Maschinenbau und Metallverarbeitung stieg die Produktion auch im Jahr 1999 außerordentlich kräftig (+9 %). Da auf diese Branche ein Viertel der Industrieproduktion entfällt, ging von ihr der bei weitem stärkste Wachstumsimpuls für den Gesamtsektor aus. Allerdings kam es unter den statistisch ausgewiesenen Produktkategorien nur bei Kugellagern, Motorrädern, Fahrrädern und Entsaftern zu deutlichen Produktionszunahmen. Alle anderen Produktkategorien stagnierten oder verzeichneten starke Produktionsrückgänge. Dies gilt vor allem für die traditionell wichtigen Bereiche Lastkraftwagen, Busse, Traktoren und Mähdrescher. In der chemischen und petrochemischen Industrie, die zuletzt knapp 15 % der Industrieproduktion erzeugte, gibt es ebenfalls einen gewissen Kontrast zwischen der leichten Zunahme der Gesamtproduktion (+1 %) und dem starken Rückgang bei der traditionell bedeutenden Reifenherstellung (-9 %, bei Pkw-Reifen sogar -15 %). Die Nahrungsmittelindustrie, deren Anteil an der Industrieproduktion etwa dem der chemischen und petro-

Tabelle 3

Industrieproduktion nach Zweigen 1990 bis 1999
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 Januar bis August
Industrie insgesamt ¹⁾	2	-1	-9	-10	-17	-12	4	19	11	6,6
Elektrizitätswirtschaft	3	1	-3	-11	-11	-16	-2	6	-8	9,3
Brennstoffindustrie	-2	-5	-43	-37	-45	11	-5	-1	1	11,3
Eisen- und Stahlindustrie	9	13	-14	-14	-13	-1	23	35	15	-0,3
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3	5	-7	3	-14	-20	2	26	13	8,7
Chemie und Petrochemie	0	-7	-15	-12	-17	9	7	19	6	1,3
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	2	7	-7	-3	-13	-10	14	35	21	11,2
Baustoffindustrie	2	5	-11	-24	-29	-21	-4	26	14	0,0
Leichtindustrie	0	1	1	2	-23	-34	12	27	22	4,6
Nahrungsmittelindustrie	2	-9	-18	0	-6	-13	6	21	19	9,3

¹⁾ Ohne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Joint-ventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 12/1997, S. 108 ff.; Nr. 12/1998, S. 32 ff.; Minstat: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus janvar'-avgust 1999, Minsk 1999, S. 13.

chemischen Industrie entspricht, weist eine deutlich gespaltene Entwicklung auf. Zwar wuchs die Erzeugung noch kräftig (+9%), wenngleich ebenfalls deutlich geringer als im Vorjahr (+19%). Davon blieben aber höherwertige Lebensmittel ausgenommen (Fleisch: -10%, Wurst: -13%, Butter: -17%). Bei einfachen Grundnahrungsmitteln und auch Genußgütern stieg dagegen die Erzeugung (Pflanzenfett: +52%, Brot: +4%, Wodka: +4%, Zigaretten: +22%).

Nur zwei Industriezweige, die Brennstoffindustrie und die Elektrizitätswirtschaft, blieben von den allgemeinen, mehr oder weniger drastischen Wachstumsrückgängen ausgenommen. Die um gut 20% gestiegenen Erdölimporte (ausschließlich aus Rußland) erlaubten eine Zunahme der Erdölverarbeitung um gut 11%. Allerdings blieb die verarbeitete Menge von 8,3 Mill. t weit hinter der früheren, aber mittlerweile möglicherweise nicht mehr voll funktionsfähigen Kapazität von 40 Mill. t zurück. Auffallend ist, daß es trotz der deutlich höheren Produktion zu starken Versorgungsengpässen bei Benzin kam, bei zugleich extremen Benzinpreissteigerungen (vgl. Abschnitt Preise). Es ist zu vermuten, daß die erzeugten Erdölprodukte zur Steigerung der Hartwährungseinnahmen in den Export gingen und so dem Binnenmarkt nicht zur Verfügung standen. Allerdings dürfte ein Teil des importierten Erdöls, wie auch der erhöhten Importmengen bei Erdgas, zur Stromerzeugung verwendet worden sein (+9%, nach -8% im Jahr 1998). Entsprechend gingen die Stromimporte aus dem Nicht-GUS-Raum um 61% zurück. Bekanntlich hat Litauen die Stromlieferungen wegen nicht beglichener Altforderungen reduziert bzw. eingestellt.³

Die Verteilungsseite des BIP (vgl. auch Abschnitt Einkommen der privaten Haushalte) zeigt sehr starke Bewe-

gungen bzw. Verschiebungen. Nach einer Periode kräftiger Zuwächse stagnierten die Reallöhne zunächst im dritten Quartal 1998, um dann im vierten Quartal 1998 und im ersten Quartal 1999 stark zu fallen (-13% bzw. -5%). Bereits im zweiten Quartal 1999 stiegen die Reallöhne wieder extrem (+24%). Bei den Transferzahlungen (vor allem Renten) scheint die Entwicklung verzögert verlaufen zu sein. Die Renten nahmen im dritten Quartal 1998 real noch stark zu (+20%) und fielen seither in allen Quartalen mit zweistelligen Raten (-17%, -28%, -12%); erst im Juli 1999 kam es dann gegenüber dem Vormonat wieder zu einem deutlichen Anstieg (+26%).

Die Preisentwicklung im Jahr 1999 ist wieder von extrem hoher Instabilität gekennzeichnet (Tabelle 4). Auf Jahresbasis betrug die Steigerungsrate der Verbrauchsgüterpreise über 200% und lag damit weit jenseits einer Grenze (höchstens 50%), bis zu der geordnete marktwirtschaftliche Abläufe möglich sind. Es ist auch keine nennenswerte Absenkungstendenz bei den monatlichen Preissteigerungsraten zu beobachten. Im August 1999 betrug die monatliche Rate noch über 7%. Damit ist zwar gegenüber dem Spitzenwert vom November 1998 (25%), zu dem es im Gefolge der eigenen und der russischen Währungskrise kam, eine Beruhigung erkennbar, die je-

³ Eine auffallend gegenläufige Entwicklung ist bei Steinkohle zu beobachten: Die Importe aus Rußland, dem Hauptlieferland, sanken um 61% (Januar bis Juli 1999 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode); die gesamten Kohleimporte gingen um fast die Hälfte zurück (-48%). Zugleich jedoch weist die amtliche Statistik eine Zunahme der Transporte von Steinkohle um nicht weniger als 67% aus (Januar bis August 1999 gegenüber der Vorjahresperiode). Es ist kaum vorstellbar, daß die um einen Monat differierende Periodenabgrenzung den Unterschied erklären kann.

Tabelle 4

Monatliche Preisentwicklung 1994 bis 1999
Veränderungen gegenüber Vormonat in %

	Verbraucherpreise						Industrielle Erzeugerpreise					
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Januar	40,7	39,2	5,6	13,3	3,9	16,6	24,3	44,4	4,0	18,5	3,7	29,1
Februar	18,7	33,7	4,0	6,6	3,1	13,7	17,4	13,2	0,3	15,4	3,8	18,2
März	10,2	20,0	2,0	2,3	3,3	12,1	11,9	9,5	1,1	5,3	2,7	15,0
April	28,6	14,5	1,5	4,3	3,8	7,4	37,0	7,5	1,6	7,0	2,3	6,2
Mai	28,7	3,4	0,6	5,0	3,4	8,9	32,4	1,7	0,4	5,9	3,0	6,7
Juni	19,5	2,5	2,3	4,5	2,7	7,1	22,0	1,3	2,1	2,5	3,5	5,1
Juli	26,6	5,2	2,0	1,4	2,8	6,0	17,5	2,4	1,7	2,3	4,9	5,3
August	53,4	3,0	1,3	1,0	3,8	7,1	42,5	5,2	3,5	1,4	6,3	7,8
September	25,5	5,2	1,8	5,0	17,6	12,1	41,1	5,0	2,1	2,3	10,7	8,3
Oktober	25,7	3,4	1,3	3,2	21,0	.	41,6	2,1	1,6	2,4	12,4	.
November	40,5	3,7	3,9	1,8	25,0	.	28,4	2,7	2,2	2,4	22,4	.
Dezember	31,3	3,9	7,4	2,3	21,7	.	26,4	2,2	5,5	2,6	44,5	.

Quellen: Minstat: Statističeskij bjulleten' Nr. 12/1996, S. 193 und 217; Nr. 12/1997, S. 205 und 229; Nr. 12/1998, S. 185 und 209; Nr. 9/1999, S. 185 und 209.

doch zum einen bei weitem nicht ausreicht und zum anderen sich durch die zuletzt beobachtenden starken Einkommenssteigerungen rasch wieder in ihr Gegenteil verkehren kann. Bei der Preisentwicklung für einzelne Gütergruppen ragt die drastische Steigerung der Benzinpreise heraus (+760 % auf Jahresbasis). Bei den Nahrungsmitteln ergab sich eine deutliche Differenzierung zwischen einfachen Grundnahrungsmitteln, deren Preise unterdurchschnittlich stiegen, und höherwertigen Lebensmitteln, die sich kräftig verteuerten (z. B. Butter um 380 % auf Jahresbasis). Die Preise für Dienstleistungen stiegen unterdurchschnittlich, wobei vor allem die ausbleibende bzw. verspätete Anpassung bei den Mieten (Steigerungsrate auf Jahresbasis relativ geringe 117 %) auffällt. Die Wohnnebenkosten erhöhten sich zwar etwas deutlicher, aber immer noch unterdurchschnittlich (vgl. auch Abschnitt Ordnungspolitik).

Die industriellen Erzeugerpreise zogen stärker an als die Verbraucherpreise. Dies gilt vor allem für die Investitionsgüterpreise (Jahresrate von 294 %). Die Stromtarife

für industrielle Verbraucher stiegen überdurchschnittlich, die Posttarife dagegen vergleichsweise gering (61 %).

Besonderes Gewicht hat die Entwicklung der Preise im Außenhandel. Es kam zu einem Preisrückgang um 30 %, so daß trotz einer realen Exportsteigerung von 12 % die Exporterlöse (in US-Dollar) um 22 % schrumpften. Die Preise für Exporte nach Rußland gingen sogar um 35 % zurück.

Arbeitsmarkt

Die Zahl der Beschäftigten lag Ende Juli 1999 um 0,9 % (40 000 Personen) über dem Wert des entsprechenden Vorjahresmonats (Tabelle 5). Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 103 400 auf 95 400 Personen und damit weniger stark, als die Beschäftigung zunahm. Die Arbeitslosenquote, gemessen anhand der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen, ist von 2,3 % im Juli 1998 auf nunmehr 2,1 % zurück-

Tabelle 5

Entwicklung des Arbeitsmarktes 1995 bis 1999¹⁾

	1995	1996	1997	1998	Juli 1998	Juli 1999
Beschäftigte (in Tausend) ²⁾	4 409,6	4 364,8	4 369,9	4 390,0	4 243,5	4 283,3
Arbeitslose (in Tausend)	131,0	182,5	126,2	105,9	103,4	95,4
Arbeitslosenquote (in %)	2,7	3,9	2,8	2,3	2,3	2,1
Offene Stellen (in Tausend)	11,3	15,8	29,4	30,3	48,9	52,0

¹⁾ Periodenende. — ²⁾ 1995–1998 Jahresdurchschnitt.

Quelle: Minstat: Statističeskij bjulleten' Nr. 6, 1997, S. 61, 65 ff.; Minstat: Statističeskij bjulleten' Nr. 7, 1999, S. 61, 65 ff.

gegangen. Eine Arbeitslosenquote von nur etwas über 2% würde in einer funktionierenden Marktwirtschaft Hochkonjunktur signalisieren. In Belarus dagegen ist der Anstieg der Beschäftigung bei hohem Beschäftigungsniveau und starker Abschwächung des Wirtschaftswachstums ein weiteres Indiz für das Fehlen marktwirtschaftlicher Mechanismen.

Gleichwohl spiegeln sich die gesunkenen Wachstumsraten der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung auch, wengleich nur schwach, in der Entwicklung der Beschäftigung. Seit Februar 1999 ist ein Beschäftigungsrückgang zu beobachten.

Bereits in den Vorjahren begonnene Strukturveränderungen zugunsten des tertiären Bereichs setzten sich abgeschwächt fort. Die stärksten Beschäftigungszugänge waren im Juli 1999 — im Vergleich mit Juli 1998 — im Handel (8%), im Wohnungswesen (7%), in der Forstwirtschaft (6%) und im Bankgewerbe (5%) zu verzeichnen. Ein Beschäftigungsrückgang war hingegen in der Landwirtschaft (-5%) und in der Wissenschaft (-3%) festzustellen (Tabelle 6). Gegenüber Dezember 1998 gab es einen Rückgang der Beschäftigung in einem Teil der aus den öffentlichen Haushalten finanzierten Bereiche und weitere Zugänge in der Forstwirtschaft. Niedrige Löhne

und dauernde Lohnrückstände in der Mehrzahl der landwirtschaftlichen Unternehmen dürften die Hauptursachen für den anhaltenden Personalrückgang in der Landwirtschaft sein. Zur Beseitigung des Arbeitskräftemangels in der Landwirtschaft unterstützen die Arbeitsämter die Arbeitsaufnahme durch finanzielle Beihilfen zur Umsiedlung von Familien.

Ähnlich wie in Rußland erfassen die Arbeitsämter in Belarus nur einen geringen Teil der Arbeitsuchenden. Geringe Arbeitslosenunterstützung und geringe Aussichten auf anderweitige Unterstützungen geben wenig Anreize, sich bei den Arbeitsämtern registrieren zu lassen. Von den 96 900 registrierten Arbeitslosen im Juni 1999 erhielten nur 39 600 Personen Arbeitslosenunterstützung; sie entsprach lediglich 7% des Durchschnittslohnes bzw. 13,6% des offiziell festgelegten Existenzminimums. Nach der ILO-Methodik⁴ wurde für den Jahresanfang 1999 eine

⁴ Nach der Methodik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wird als arbeitslos erfaßt, wer in der untersuchten Periode nicht erwerbstätig war, aktiv Arbeit suchte oder eine selbständige Tätigkeit vorbereitete und bereit war, die Arbeit in einer bestimmten Frist aufzunehmen; vgl. auch OECD, Statistics Labour Force, 1997, S. 8 ff. Die Zahl der Erwerbspersonen ergibt sich aus der Addition der Zahl der Erwerbstätigen und der Zahl der Arbeitslosen.

Tabelle 6:

Entwicklung der Beschäftigung

	Beschäftigte					
	in Tausend	Veränderung in %			Struktur in %	
	Juli 1999	1998 zu 1997	Juli 1999 zu Juli 1998	Juli 1999 zu 1998	1990	1998
Gesamt	4 283,3	100,5	100,9	99,8	100,0	100,0
Industrie	1 253,5	100,5	100,9	100,1	30,9	27,6
Landwirtschaft (einschl. Kolchosen)	716,6	97,9	95,1	98,2	19,1	16,4
Forstwirtschaft	30,3	102,2	106,3	107,4	0,4	0,6
Transportgewerbe	255,3	101,7	100,9	100,5	6,0	5,8
Post-, Fernmeldewesen	63,6	101,0	101,0	100,8	1,1	1,3
Baugewerbe	317,8	100,4	99,9	99,4	11,1	7,1
Handel und Gaststätten	360,5	100,7	107,6	100,4	6,4	9,7
Großhandel (materiell-technische Versorgung)	40,6	101,3	102,5	102,0	1,0	0,9
Wohnungswesen, hausw. Dienstleistungen	158,2	102,2	106,7	101,9	2,9	4,6
Gesundheits- und Sozialwesen	316,2	102,3	103,1	101,0	5,2	7,2
Gesundheitswesen	266,1	101,6	101,6	99,4	4,4	6,0
Bildungswesen	434,8	101,6	103,3	98,2	8,4	10,2
Kultur	58,6	99,5	102,6	99,5	1,1	1,3
Kunst	11,9	101,6	100,8	97,5	0,3	0,3
Wissenschaft	44,6	98,2	97,0	99,6	2,0	1,0
Bankgewerbe	58,5	104,5	105,0	103,0	0,6	1,2
Staatliche Verwaltung	72,5	101,7	103,9	102,5	1,0	1,6

Quelle: Minstat: Statističeskij bjulleten' Nr. 7, 1999, S. 61 ff.

Arbeitslosenquote von 7,2% ermittelt, gegenüber 8,7% zu Beginn des Jahres 1997.

Die Zahl offener Stellen entsprach 1999 im saisonalen Verlauf und im Umfang der Situation des Vergleichszeitraumes 1998. Im Januar 1999 entfielen auf eine offene Stelle 3,3 Arbeitslose (Januar 1998: 3,8) während es im Juli nur noch 1,8 waren (Juli 1998: 2,1). Der größte Teil der Arbeitsuchenden bemühte sich selbständig um eine Arbeitsstelle; etwa ein Viertel der Arbeitsaufnahmen wurde von den Arbeitsämtern vermittelt. In den ersten acht Monaten vermittelten die Arbeitsämter 44 % der registrierten Arbeitslosen.

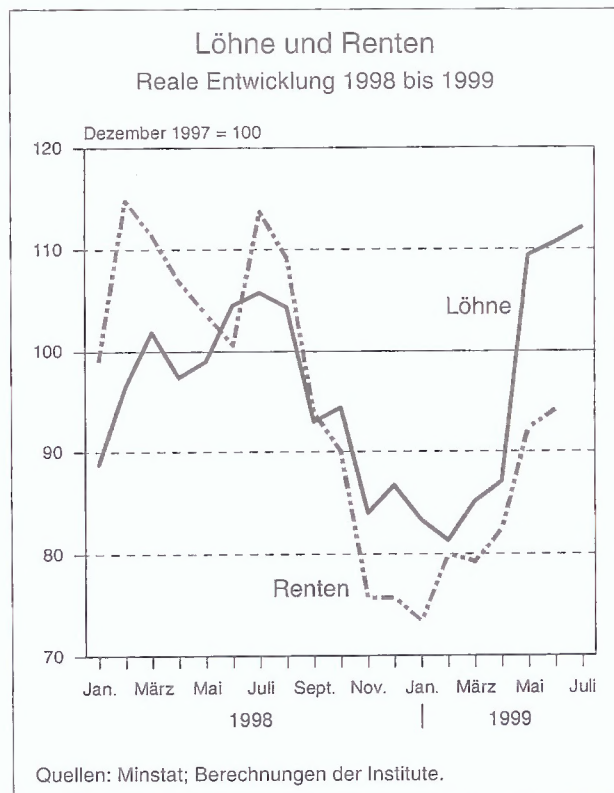
Zur Bekämpfung der sehr geringen offiziellen Arbeitslosigkeit wurden im Rahmen eines Beschäftigungsprogrammes verschiedene arbeitsmarktpolitische Maßnahmen durchgeführt. Umschulungen und Qualifizierungsmaßnahmen sollen die Jugendarbeitslosigkeit (Arbeitslose im Alter von 16 bis 29 Jahren) und den Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr) senken. 1998 nahmen an derartigen Maßnahmen 27 100 Arbeitslose, im ersten Halbjahr 1999 15 400 Arbeitslose teil, von denen mehr als die Hälfte einen neuen Arbeitsplatz fand. Außerdem wurden staatliche Unternehmen und regionale Verwaltungen verpflichtet, für Absolventen staatlicher Bildungseinrichtungen und für aus der Armee entlassene Bürger Arbeitsplätze bereitzustellen, um ihnen den Eintritt ins Arbeitsleben zu ermöglichen.⁵ Im vorigen Jahr wurden insgesamt 18 000 derartige Arbeitsplätze besetzt. Für arbeitslose Schulabgänger und Berufsschüler sind von Unternehmen und Arbeitsämtern Ausbildungsplätze zu schaffen.⁶ Für Arbeitsuchende, die aus bestimmten Gründen nicht in der Lage sind, auf dem Arbeitsmarkt zu konkurrieren, sind von den Unternehmen ebenfalls Arbeitsplätze anzubieten. Entstehende Kosten werden den Unternehmen von den Arbeitsämtern erstattet. Auch im Zusammenhang mit der Umstrukturierung von Unternehmen werden von den Arbeitsämtern die Kosten für die Umschulung freigesetzter Arbeitskräfte übernommen.⁷ Mit Hilfe von Subventionen der Arbeitsämter bzw. Vorzugskrediten nahmen 1 660 Arbeitslose eine selbständige Tätigkeit auf.

Neben der registrierten Arbeitslosigkeit gab es weiterhin eine verdeckte Arbeitslosigkeit in Form betriebsbedingter Teilzeitarbeit bzw. angeordneter Urlaubs. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1999 waren davon etwa 132 500 Beschäftigte (3,4% der Gesamtbeschäftigten) betroffen.⁸ Etwa 41% der von Zwangsurlaub betroffenen Personen erhielten keinerlei Entgelt.

Einkommen der privaten Haushalte

Die verfügbaren Geldeinkommen gingen im Zeitraum Januar bis Juli 1999 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3% zurück. Zugleich sank der

Abbildung 1



Reallohn, trotz einer 25prozentigen Lohnsteigerung im Monat Mai, um 1,9%, wobei allerdings ab Mai das Niveau der entsprechenden Vorjahresmonate wieder übertroffen wurde (Abbildung 1). Die Bezieher von Renten mußten im ersten Halbjahr 1999 gegenüber dem ersten Halbjahr 1998 sogar Realeinkommensverluste von 19% hinnehmen, während die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und die sonstigen Einkommen einen realen Zuwachs von 12% aufwiesen. Wie bislang versuchte die belarussische Regierung, durch eine gestaffelte Indexierung der

⁵ Vgl. Postanovlenie Soveta Ministrov Respubliki Belarus' vom 27. März 1998. „Položenie o porjadke i uslovijach predostavljenija pervogo rabočego mesta vypuschnikam gosudarstvennych vysšich, srednich special'nych i professional'no-techničeskich učebnych zavedenij, a takže voennoslužbaščim sročnoj služby, uvolennym iz Vooružennych Sil Respubliki Belarus'“ und „Porjadok ustanovlenija predprijatijam i organizacijam bronj dlja predostavljenija pervogo rabočego mesta vypuschnikam gosudarstvennych učebnych zavedenij“.

⁶ Ministerstvo truda: „Položenie ob organizacii vremennoj zanjatosti bezrabotnoj molodeži — Molodežnaja praktika“ — vom 16. Juli 1998.

⁷ Ministerstvo truda: „Položenie o porjadke i uslovijach kompensacii organami gosudarstvennoj služby zanjatosti zatrat nanimateljam na professional'noe obučenie i pereobučenie rabotnikov“ vom 21. April 1999.

⁸ Die Teilzeitarbeit belief sich je Betroffenen im Zeitraum Januar bis Mai 1999 auf insgesamt eher geringe 71 Stunden, der angeordnete Urlaub betrug 13 Arbeitstage. Beides entsprach etwa den Verhältnissen im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

niedrigen Einkommen die Folgen einer monatlichen Inflation von über 5% zu mildern. Die regelmäßige Indexierung der aus den öffentlichen Haushalten bezogenen Einkommen (Sozialrenten, Unterstützungen, Stipendien u. ä.) wurde verbindlich festgelegt, andere Einkommen waren auf Grundlage der Kollektivverträge den geltenden Regeln anzupassen. Die Altersrenten wurden in Abständen in Abhängigkeit vom nominalen Anstieg der Durchschnittslöhne neu festgelegt. Die Erhöhung der Mindestlöhne, der Grundlöhne in den aus den öffentlichen Haushalten finanzierten Sektoren (Geltungsbereich des Einheitlichen Tarifsystems) und der unteren Tarifgruppen dieses Bereiches wurden durch Regierungsverordnungen im Mai und im Oktober 1999 neu bestimmt.⁹ Die Veränderung der Mindest- und Grundlöhne und der unteren Tarifgruppen führte im Mai 1999 zu einer sprunghaften Erhöhung der Reallöhne.

Die unterschiedliche Entwicklung der Einkommensarten spiegelt eine Änderung der Quellenstruktur der Geldeinkommen wider. Der Anteil der Löhne und der Einkommen aus dem Finanzsystem, aus selbständiger Tätigkeit und aus Vermögen erhöhte sich in der ersten Hälfte dieses Jahres gegenüber dem ersten Halbjahr 1998, während der Anteil der Transfereinkommen zurückging (Tabelle 7).

Bei der Verwendung der Geldeinkommen stieg der Konsumanteil auf 85,6%. Dies entspricht dem sinkenden Einkommensniveau, das zu einer zunehmenden Verwendung für den Konsum zwingt. Gleichzeitig fördert die hohe Inflationsrate eine Flucht in die Sachwerte, was sich in einem geringeren Rückgang des Einzelhandelsumsatzes gegenüber den Einkommenskomponenten widerspiegelt. Der Anteil der Ausgaben für die Ernährung nahm mit dem sinkenden Lebensstandard stetig zu. Wurden 1990 erst

33,7% der Ausgaben für die Ernährung verwendet, so waren es 1994 bereits 37,2% und 1998 sogar 55,1%. Nach den Ergebnissen der Haushaltsbefragung im ersten Halbjahr 1999 gaben 20% der Haushalte mehr als 80% und etwa 78% der Haushalte mehr als die Hälfte ihrer Gesamtausgaben für die Ernährung aus.¹⁰ Entsprechend gering war die Ersparnisbildung (Sparquote 6%).

Die Ungleichverteilung der Pro-Kopf-Einkommen nahm, gemessen an der Relation zwischen dem obersten und dem untersten Einkommensquintil, von Jahr zu Jahr zu. Während diese Relation im ersten Halbjahr 1997 noch 3,7 betragen hatte, stieg sie bis zum ersten Halbjahr 1998 auf 4,2 und schließlich bis zum zweiten Quartal 1999 auf 5,0. Verglichen mit Rußland blieb die Ungleichverteilung der Geldeinkommen mit einem Gini-Koeffizienten von 0,30 relativ gering.¹¹ Dies ist auch das Ergebnis eines größeren Einflusses des Staates auf die Einkommensverteilung in Belarus.

Die Differenzierung der Branchenlöhne nahm nur geringfügig zu. Die höchsten Löhne wurden wie bisher im Bankgewerbe, im Baugewerbe, in der Industrie und in der Staatsverwaltung gezahlt, während die niedrigsten in der Landwirtschaft, insbesondere in den Kolchosen, sowie in

⁹ Vgl. Postanovlenie Soveta Ministrov Respubliki Belarus' vom 21. April 1999: „O razmere minimal'noj zarabotnoj platy i tarifnoj stavki pervogo razrjada“, Nacional'naja ekonomičeskaja gazeta (NEG), Beilage Informbank Nr. 17/1999; Nacional'naja ekonomičeskaja gazeta, Nr. 18/1999 und 24/1999.

¹⁰ Einschätzung belarussischer Experten auf Basis der Haushaltsbefragungen des Minstat Belarus'.

¹¹ Der Gini-Koeffizient der Verteilung der Geldeinkommen lag in Rußland im Juni 1999 bei 0,40, die Relation zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Einkommensquintil betrug 8,0.

Tabelle 7

Herkunft und Verwendung der Geldeinkommen der privaten Haushalte 1997 bis 1999
in %

	1998	1. Halbjahr 1997	1. Halbjahr 1998	1. Halbjahr 1999
Herkunft der Geldeinkommen	100,0	100,0	100,0	100,0
Lohn	49,9	49,5	54,5	56,8
Soziale Transfers	16,8	17,0	20,1	16,5
Einkommen aus Vermögen, aus dem Finanzsystem und aus selbständiger Tätigkeit	33,3	33,5	25,4	26,7
Verwendung der Geldeinkommen	100,0	100,0	100,0	100,0
Kauf von Waren und Dienstleistungen	79,4	73,5	81,0	85,6
Steuern und Beiträge	9,6	6,6	9,8	8,0
Sparen (alle Formen)	11,0	19,1	9,2	6,4

Quellen: Minstat: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare 1999 g., in: NEG, Beilage Nr. 8, S. 13, 14; Minstat: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' janvar'–ijul' 1998 g., S. 119; Minstat: O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' janvar'–ijun' 1999 g., NEG, Beilage Nr. 12.

Tabelle 8

Lohnentwicklung und -struktur 1997 bis 1999

	Durchschnittslöhne Januar bis Juli 1999		Struktur der Löhne in %		
	1000 Rubel	Veränderung zum Vorjahr in %	1997	1998	Januar bis Juli 1999
Gesamtwirtschaftlicher Durchschnittslohn	14 412,8	385,0	100,0	100,0	100,0
Arbeiter und Angestellte	15 245,9	383,0	107,0	106,0	106,0
Industrie	17 798,9	386,0	121,0	123,0	123,0
Landwirtschaft	8 196,3	368,0	58,0	59,0	57,0
darunter: Kolchosen	7 489,3	364,0	53,0	54,0	52,0
Forstwirtschaft	13 054,5	424,0	89,0	83,0	91,0
Transportgewerbe	16 425,2	397,0	116,0	109,0	114,0
Post/Fernmeldewesen	14 508,9	381,0	102,0	100,0	101,0
Baugewerbe	18 562,7	390,0	132,0	130,0	129,0
Handel und Gaststätten	12 219,1	371,0	86,0	91,0	85,0
Großhandel	16 825,3	377,0	131,0	123,0	117,0
Wohnungswesen, hausw. Dienstleistungen	13 871,0	382,0	95,0	95,0	96,0
Gesundheitswesen	11 725,1	398,0	86,0	79,0	81,0
Sozialwesen	7 890,1	402,0	56,0	53,0	55,0
Bildungswesen	11 402,4	377,0	82,0	78,0	79,0
Kultur	9 885,6	381,0	70,0	67,0	69,0
Kunst	9 814,0	390,0	70,0	67,0	68,0
Wissenschaft	16 497,2	389,0	116,0	113,0	114,0
Bankgewerbe	31 126,1	421,0	204,0	208,0	216,0
Staatliche Verwaltung	17 625,0	340,0	143,0	132,0	122,0

Quelle: Minstat; Ministerstvo statistiki i analiza; Statističeskij bjulleten' Nr, 7, 1999, S. 68 ff.

den staatlich direkt regulierten Sektoren des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens sowie Kunst und Kultur gezahlt wurden (Tabelle 8). Die Ungleichverteilung der Löhne war geringfügig stärker ausgeprägt als die der gesamten Geldeinkommen. Der Gini-Koeffizient betrug im Mai dieses Jahres 0,32.¹² Für etwa 29 % der Beschäftigten war der monatliche Durchschnittslohn im Mai 1999 niedriger als das staatlich festgelegte Existenzminimum einer Person im arbeitsfähigen Alter.¹³ Der Anteil von Personen mit einem Lohn unterhalb der Armutsgrenze an den Gesamtbeschäftigten der jeweiligen Branche schwankte zwischen 1,5 % im Bankgewerbe und 64 % in den Kolchosen (Abbildung 2).

Die Lohnrückstände blieben gering und entsprachen im Juni 1999 etwa 10 % der Lohnsumme des Vormonats. Die Rückstände sind vor allem ein Problem der Landwirtschaft, auf die drei Viertel aller Lohnschulden entfielen. In 60 % aller landwirtschaftlichen Unternehmen wurden die Beschäftigten nicht pünktlich entlohnt, wovon etwa zwei Drittel der in der Landwirtschaft Tätigen betroffen waren. Der Anteil der Industrie an den Lohnschulden betrug 18 %.

Die wirtschaftliche Lage der Rentner hatte sich bereits 1998 als ein wachsendes sozialpolitisches Problem dargestellt. Vom vierten Quartal 1998 an mußten die Rentner erhebliche Realeinkommensverluste hinnehmen. Von

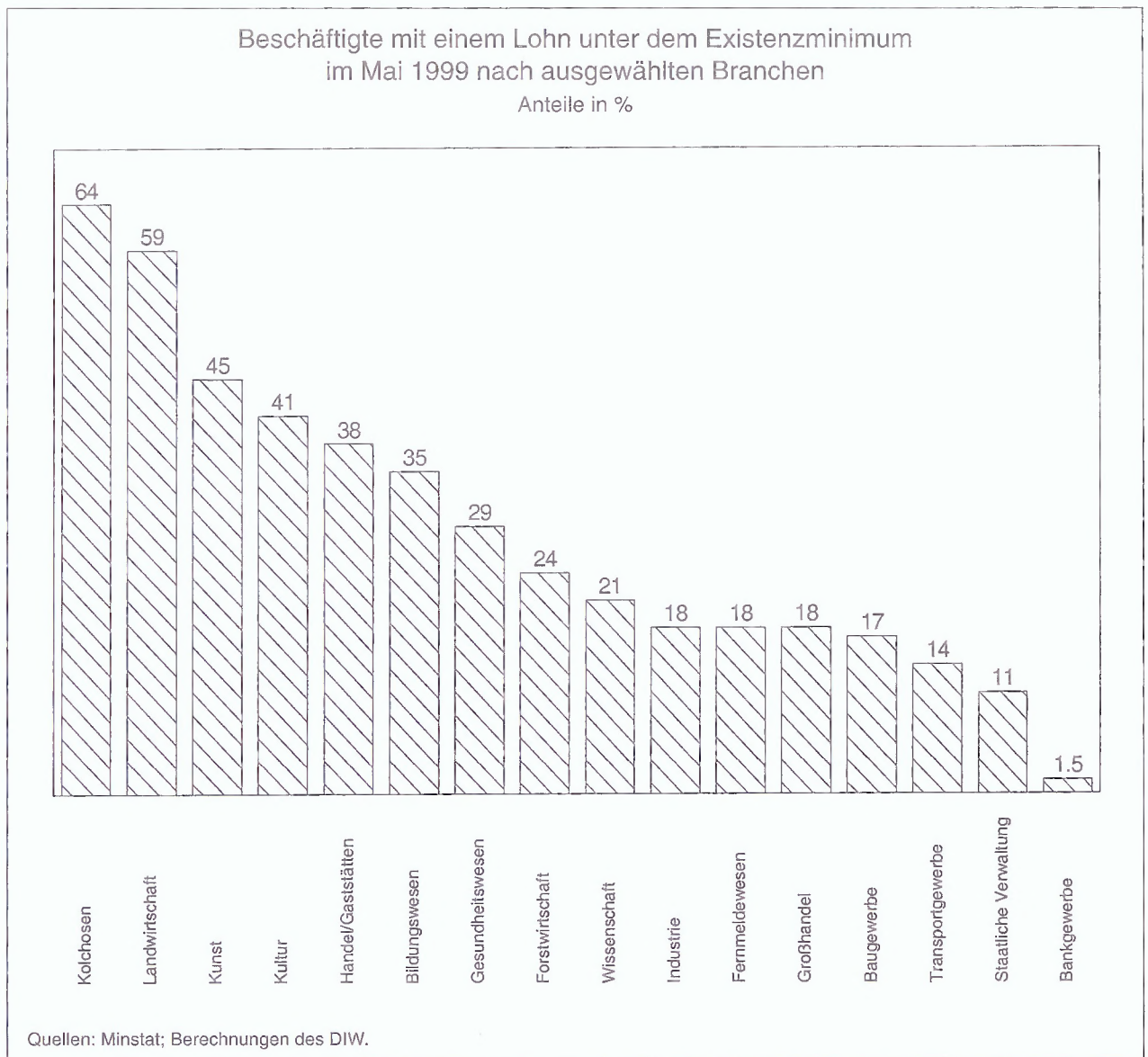
Oktober 1998 an lag die Durchschnittsrente unter dem Existenzminimum für Personen im Rentenalter, im ersten Halbjahr 1999 erreichte sie lediglich rund 75 % des Existenzminimums. Da Invaliden-, Waisen- und Sozialrenten unter der Durchschnittsrente liegen, war dieser Personenkreis besonders betroffen. So erreichte die durchschnittliche Sozialrente im Juli 1999 lediglich ein Viertel des offiziellen Existenzminimums.

Die Einkommen der unteren Gruppen wurden nur partiell indiziert, so daß Realeinkommensverluste eintraten.

¹² Minstat; Berechnungen der Institute.

¹³ Der Berechnung des „Mindestverbraucherbudgets“ bzw. des Existenzminimums (Armutsgrenze) werden die Ausgaben für festgelegte Konsumgüter und Dienstleistungen und ihre Struktur zugrunde gelegt. Die Ausgaben werden für verschiedene soziale Gruppen (Kinder nach Altersgruppen, Arbeitsfähige, Rentner usw.) ermittelt. Pro-Kopf-Angaben werden anteilig für Personen in einem Vier-Personen-Haushalt ermittelt. Die Preisentwicklung wird durch eine quartalsweise Indexierung berücksichtigt. Vgl. Zakon Respubliki Belarus': „O prožitocnom minimume v Respublike Belarus'“, Prinjat Palatoj Predstavitelej, vom 15. Dezember 1998, Odobren Sovetom Respubliki 19. Dezember 1998, in: Nacional'naja ekonomičeskaja gazeta, Informbank Nr. 5/1999, S. 2; Postanovlenie Soveta Ministrov, vom 31. März 1999: „Ob utverždenii prožitocnogo minimuma v srednem na dušu naselenija i dlja osnovnych social'no-demografičeskich grupp i Položenija po rasčetu bjužžeta prožitocnogo minimuma“, in: Nacional'nom reestre pravovyh aktov Respubliki Belarus vom 14. April 1999.

Abbildung 2



Im zweiten Quartal 1999 hatten 53% der Bevölkerung Geldeinkommen unterhalb des Existenzminimums. Die Landbevölkerung war mit 64% davon stärker betroffen als die Stadtbevölkerung (49%). In der Altersgruppe bis 17 Jahre hatten 62% ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze, bei den über 70jährigen waren es 53,5%. Der Mindestlohn wurde zwar quartalsweise erhöht, jedoch war auch im Juli 1999 seine Relation zur Armutsgrenze mit 4,9% und zum Durchschnittslohn mit 9,6% so gering, daß von seiner Erhöhung keine spürbare Wirkung auf etwaige Empfänger ausgehen konnte.

Die tatsächliche wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte stellt sich dank eines hohen Grades der Selbstversorgung weniger ungünstig dar, als dies aus der Statistik der Geldeinkommen erkennbar wird. Traditionell und zu-

dem durch das geringe Niveau der Arbeitseinkommen, Renten und sozialen Transfers erzwungen, bewirtschafteten mehr als zwei Drittel aller Haushalte eine landwirtschaftliche Fläche.¹⁴ Seit 1990 wurden rechtliche Grundlagen für die Erweiterung der persönlichen Hauswirtschaften und Gärten um landwirtschaftlich genutzte Flächen geschaffen.¹⁵ Die von den privaten Haushalten nicht gewerblich bewirtschaftete Fläche betrug 1998 etwa 1 555 Tausend ha; 1990 waren es erst 630 Tausend ha gewesen. Der Anteil privater Haushalte an der gesamten

¹⁴ Vgl. Belorosskij rynek, Nr. 28/1997.

¹⁵ Vgl. Postanovlenie „O provednii zemel'noj reformy v Respublike“, 1990; „O platežach za zemlju“, „O krest'janskom (fermerskom) chozjajstve“, „O prave sobstvennosti na zemlju“, 1993; „Kodeks Respubliki Belarus' o zemle“ vom 25. November 1998.

landwirtschaftlichen Produktion erhöhte sich, auch durch Produktionsrückgänge in der staatlichen und genossenschaftlichen Landwirtschaft, von 23% im Jahr 1990 auf 48% im Jahr 1998. Der Anteil der Selbstversorgung der privaten Haushalte mit Nahrungsmitteln betrug 1998 beispielsweise bei Fleisch und Fleischprodukten 23%, bei Milch und Milchprodukten 27%, bei Kartoffeln 82% und bei Gemüse 72%. Würde der Verbrauch der im eigenen Haushalt erzeugten Nahrungsmittel zu Marktpreisen bewertet, so erhöhten sich die Ausgaben der Haushalte für den Kauf von Nahrungsmitteln statistisch um etwa 45%.

Öffentliche Haushalte

Auf den ersten Blick könnte sich die derzeitige Lage der öffentlichen Haushalte in Belarus und Rußland kaum drastischer unterscheiden: In Belarus lagen die Einnahmen des konsolidierten Haushalts im Zeitraum Januar bis Juli 1999 bei 40,6% des BIP, in der Russischen Föderation im ersten Halbjahr 1999 dagegen nur bei 24,5%. Die belarussische Staatsquote lag im Zeitraum Januar bis Juli bei 40,7%, die russische im ersten Halbjahr dagegen bei etwa 27%.

Ungeachtet dieser Unterschiede haben beide Volkswirtschaften erhebliche fiskalische Probleme, wenngleich sich diese unterschiedlich äußern: Die Russische Föderation ist mit einem Einnahmenproblem konfrontiert, in dem sich auch die schwachen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen spiegeln. Belarus dagegen hat vor allem ein Ausgabenproblem; hier führen erhebliche quasi-fiskalische Aktivitäten dazu, daß die Staatsquote eine geringe Aussagekraft besitzt. Wie in den Vorjahren sind die wesentlichen Ansatzpunkte dieser quasi-fiskalischen Aktivitäten staatliche Eingriffe in die Kreditvergabe, die Zinsbildung und die Preisentwicklung. Von Zinsvorgaben sind nicht nur die Kredite der Nationalbank an die öffentlichen Haushalte, sondern auch die staatlich induzierten Kredite der Geschäftsbanken betroffen. Durch diese auf dem Umweg staatlicher Eingriffe in den Finanzsektor geleisteten Subventionen wird zwar der aktuelle Haushalt entlastet; da jedoch zugleich der Anteil notleidender Kredite in den Bilanzen der Geschäftsbanken steigt, werden die Kosten dieser Politik in den staatlichen Bankensektor und in die Zukunft verschoben. Vor diesem Hintergrund sind auch die offiziellen belarussischen Angaben über das Defizit zu relativieren: Der belarussische Haushalt wies für die ersten sieben Monate ein Defizit von nur 0,1% des BIP aus (Abbildung 3). Unter Einbeziehung der quasi-fiskalischen Aktivitäten, die in den staatlichen Unternehmens- und Bankensektor verschoben wurden, wäre dieses Defizit deutlich höher gewesen.

Die Einnahmen des konsolidierten Haushalts lagen im Zeitraum Januar bis Juli 1999 leicht über denen der entsprechenden Vorjahresperiode (40,6% des BIP nach

Abbildung 3

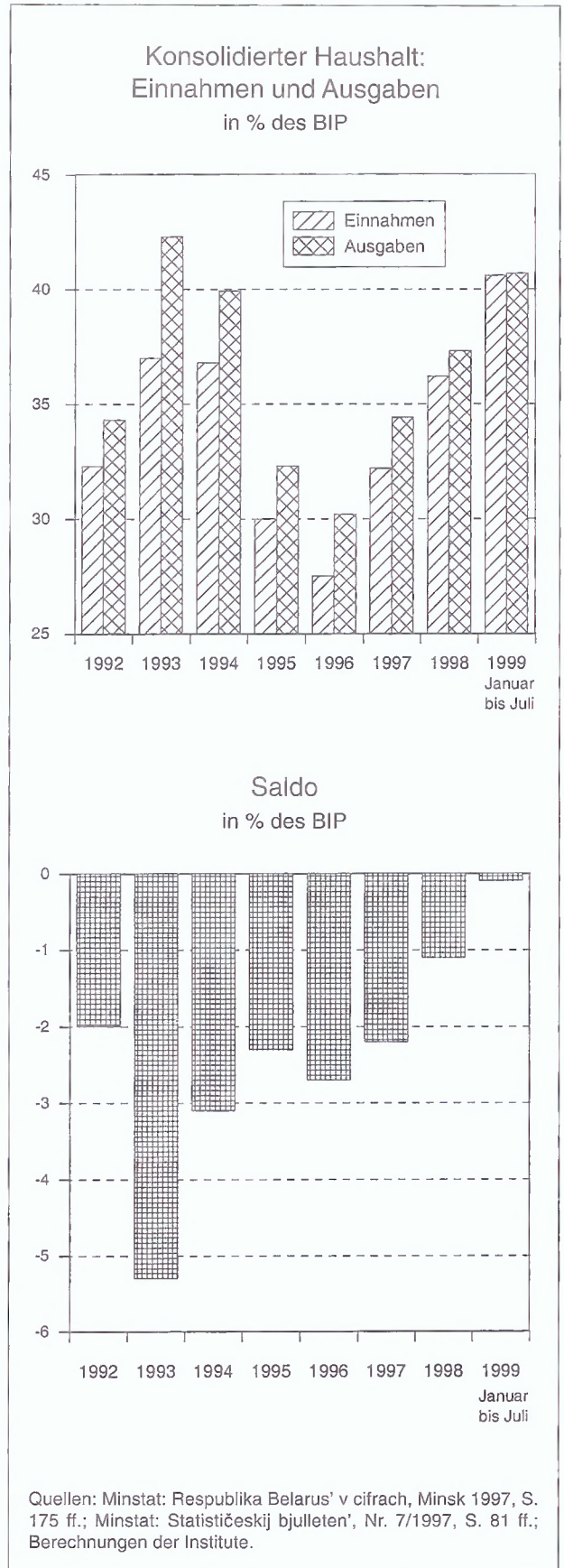


Tabelle 9

Konsolidierter Haushalt
Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 ¹⁾
	Einnahmen (Struktur in %)							
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	37,1	27,6	27,4	28,0	28,1	29,8	25,7	24,6
Akzisen	8,9	12,1	10,6	7,9	12,5	13,0	11,0	9,9
Gewinnsteuer	25,8	29,7	30,7	21,6	14,5	14,6	12,4	14,5
Einkommensteuer	7,4	7,1	7,3	9,3	10,5	9,9	10,5	7,6
Tschernobylsteuer	8,4	7,7	4,9	8,0
Mineralölsteuer	2,4	2,6	2,2	1,7	0,5
Immobiliensteuer	0,6	0,9	1,3	2,5	1,9
Zölle usw.	1,6	6,9	9,2	5,7	6,7	8,1	6,4	5,4
Gebundene Fonds ²⁾ auf Gemeindeebene							7,7	8,1
Sonstige Einnahmen	7,8	5,4	6,4	15,4
	Ausgaben (Struktur in %)							
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	41,9	38,7	27,5	21,9	19,9	16,1	15,8	16,7
Bildung, Kultur, Soziales	30,6	30,3	35,9	42,8	48,7	42,7	38,3	38,6
Wissenschaft	1,4	1,2	0,9	1,7	..	1,5	1,3	1,0
Tschernobylfolgen	12,6	9,7	6,9	7,7
Verteidigung	4,8	4,2	4,3	4,4	..	4,7	2,9	2,9
Rechtsorgane	3,0	3,5	4,5	7,1	2,4	6,2	5,4	4,9
Verwaltung	1,8	1,7	1,9	3,5	1,1	3,2	2,9	2,7
Außenwirtschaft						0,9	0,8	0,7
Schuldendienst	2,0	1,2	0,6	0,6	..	1,9	2,1	2,7
Sonstige Ausgaben	1,8	9,6	17,6	10,2	27,9	22,9	30,3	29,7
Saldo in % der Ausgaben	-5,7	-13,1	-8,7	-8,5	-6,7	-6,3	-2,9	-0,2
	Einnahmen (Anteile am BIP in %)							
Insgesamt	32,3	37,0	36,8	30,0	27,5	32,2	36,2	40,6
Mehrwertsteuer	12,0	10,2	10,1	8,4	7,7	9,6	9,3	10,0
Akzisen	2,9	4,5	3,9	2,4	3,4	4,2	4,0	4,0
Gewinnsteuer	8,3	10,8	10,9	6,4	4,0	4,7	4,5	5,9
Einkommensteuer	2,4	2,7	2,7	2,8	2,9	3,2	3,8	3,1
Tschernobylsteuer	2,7	2,8	1,8	2,4
Mineralölsteuer	0,8	1,0	0,8	0,5	0,1
Immobiliensteuer	0,2	0,3	0,5	0,7	0,5
Zölle usw.	0,5	2,6	3,4	1,7	1,8	2,6	2,3	2,2
Gebundene Fonds ²⁾ auf Gemeindeebene							2,8	3,3
Sonstige Einnahmen	2,5	2,0	2,3	4,6
	Ausgaben (Anteile am BIP in %)							
Insgesamt	34,3	42,3	39,9	32,3	30,2	34,4	37,3	40,7
Volkswirtschaft	14,3	16,3	11,0	7,1	6,0	5,5	5,9	6,8
Bildung, Kultur, Soziales	10,5	12,8	14,3	13,9	14,7	14,7	14,3	15,7
Wissenschaft	0,5	0,5	0,4	0,5	..	0,5	0,5	0,4
Tschernobylfolgen	4,3	4,1	2,8	2,5
Verteidigung	1,7	1,8	1,7	1,4	..	1,6	1,1	1,2
Rechtsorgane	1,0	1,5	1,8	2,3	0,7	2,1	2,0	2,0
Verwaltung	0,6	0,7	0,8	1,1	0,3	1,1	1,1	1,1
Außenwirtschaft						0,3	0,3	0,3
Schuldendienst	0,7	0,5	0,2	0,2	..	0,7	0,8	1,1
Sonstige Ausgaben	0,6	4,0	7,0	3,3	..	7,9	11,3	12,1
Saldo in % des BIP	-2,0	-5,6	-3,6	-2,8	-2,0	-2,2	-1,1	-0,1

¹⁾ Januar bis Juli 1999. — ²⁾ Seit 1998 werden die vormalig außerbudgetären Fonds, ohne Sozialversicherungsfonds, dem konsolidierten Haushalt zugerechnet.

Quellen: Minstat: Respublika Belarus' v cifrach, Minsk 1997, S. 175 ff.; Minstat: Statističeskij bjulleten', Nr. 7/1997, S. 81 ff.; Berechnungen der Institute.

40,2%). Dabei entwickelte sich vor allem das Gewinnsteueraufkommen sehr dynamisch und erreichte knapp 5,9% des BIP (Tabelle 9). Wichtigste Einnahmenquelle blieben allerdings weiterhin die indirekten Steuern. Anders als in der Russischen Föderation stellen in Belarus Steuerrückstände kein herausragendes fiskalpolitisches Problem dar; gegenüber dem Staatshaushalt beliefen sie sich zur Jahresmitte auf nur 0,3% des BIP¹⁶. In der Russischen Föderation lagen die Steuerrückstände dagegen bei 10%. Die weißrussischen Ausgaben blieben im betrachteten Zeitraum hinter den entsprechenden Vorjahreswerten (1999: 40,7% des BIP, 1998: 41,4%) zurück. Der Posten „Sonstige Ausgaben“ hat inzwischen einen Anteil von 12,1% des BIP; damit wird knapp ein Drittel der Gesamtausgaben über diesen intransparenten Posten abgewickelt.

Die soziale Sicherung wird in Belarus nicht nur über den entsprechenden Budgetposten, hinter dem sich auch Ausgaben für Bildung und Preissubventionen verbergen, sondern auch über außerbudgetäre Fonds finanziert. Die Einnahmen des außerbudgetären Sozialversicherungsfonds setzen sich vor allem aus lohnsummenbezogenen Zahlungen der Unternehmen (knapp 96% der Einnahmen) und Transfers aus dem öffentlichen Haushalt (gut 3% der Einnahmen) zusammen. Traditionell weist dieser Fonds, über den im wesentlichen die Rentenzahlungen und sonstigen staatlichen Unterstützungszahlungen abgewickelt werden, leichte Überschüsse auf (geplanter Überschuß 1999: 0,2% des BIP). Die für 1999 geplanten Rentenzahlungen erreichen knapp 10% des BIP, was einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr (8,8%) bedeuten würde. Allerdings ist das Rentenniveau in den ersten sechs Monaten real deutlich gesunken; daher dürften diese Planungen bislang nicht in die Tat umgesetzt worden sein.

Angesichts der geringen Reputation der Republik Belarus auf dem internationalen Kapitalmarkt und der fehlenden Erfüllung der Bedingungen für die Kreditvergabe internationaler Organisationen kann die Finanzierung des Budgetdefizits nur über inländische Ressourcen erfolgen.

Auch in den ersten sieben Monaten des Jahres 1999 spielte dabei die Kreditvergabe der Nationalbank eine herausragende Rolle. Die unmittelbare Folge der Monetisierung des fiskalischen und quasi-fiskalischen Finanzierungsbedarfs ist die Geldmengenexpansion. Diese führt aufgrund des geringen Intermediationsgrades des Finanzsystems und der damit verbundenen schnellen Transmission geldpolitischer Impulse nur mit geringer Zeitverzögerung zu einer entsprechenden Inflation.

Geldpolitik

Die von der Nationalbank bereits in den Vorjahren verfolgte inflationäre Geldpolitik wurde im ersten Halbjahr 1999 in zunächst abgeschwächter Form fortgesetzt. Dabei wuchsen die Geldmengenaggregate weiterhin schneller als vor Ausbruch der russischen Krise. Gegenüber dem zweiten Halbjahr 1998 und insbesondere gegenüber dem vierten Quartal hat sich das Wachstum im ersten Halbjahr 1999 aber deutlich verlangsamt (Tabelle 10). Dennoch ging der Zuwachs der erweiterten Geldmenge M3 weit über das mit dem Internationalen Währungsfonds¹⁷ (IWF) im Herbst des Vorjahres als Vorbedingung für Kredite im Rahmen der Contingent and Compensatory Financing Facility (CCFF) vereinbarte Maß von monatlich 2% hinaus.¹⁸ Aus diesem Grund erklärte der IWF das Programm bereits im März 1999 für gescheit-

¹⁶ Vgl. Belarus Economic Trends, April – June 1999, S. 50.

¹⁷ International Monetary Fund (IMF), Republic of Belarus — Recent Economic Developments. Washington, D.C., 1999.

¹⁸ Im Rahmen der CCFF werden Kredite an Länder gewährt, die in besonderem Maße von negativen externen Schocks betroffen sind. Für Belarus wurde dieses Kriterium nach Ausbruch der russischen Krise im August 1998 und aufgrund einer schlechten Ernte als erfüllt angesehen. Vgl. Die Wirtschaftliche Lage der Republik Belarus — Verfall wird offenkundig. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung, Halle (DIW et al.). In: Wochenbericht des DIW, Nr. 18/99. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 339/1999, IWH Forschungsreihe 3/1999.

Tabelle 10

Entwicklung der Geldmengenaggregate 1997 bis 1999
Wachstumsraten in %, Periodenendwerte

	1997	1998	1998				1999		
			I	II	III	IV	I	II	Juli
Geldbasis	108,0	163,0	12,0	24,0	18,0	60,0	21,0	23,0	14,0
M3 ¹⁾	111,0	276,0	7,0	23,0	29,0	121,0	21,0	24,0	15,0
Memorandum:									
Verbraucherpreise	63,0	182,0	11,0	10,0	25,0	84,0	49,0	25,0	6,0
Erzeugerpreise	91,0	196,0	11,0	9,0	25,0	99,0	75,0	19,0	5,9

¹⁾ Einschließlich Konten in ausländischer Währung.

Quellen: Belarus Economic Trends, verschiedene Ausgaben; Berechnungen der Institute.

tert. Im Juni ist es dann zu einer neuerlichen Beschleunigung der monetären Expansion gekommen; die Geldbasis nahm allein in diesem Monat um 15 % zu. Der Trend hat sich im Juli fortgesetzt. Auch das Wachstum der erweiterten Geldmenge M3 hat sich im Juli wieder erheblich beschleunigt.

Wie in den Vorjahren wurde die Geldpolitik vornehmlich für fiskalische Zwecke eingesetzt. Die Nationalbank hat von ihr kontrollierte Geschäftsbanken erneut angewiesen, stark subventionierte Kredite an die Bau- und die Landwirtschaft zu vergeben. Die Bedeutung subventionierter und zweckgebundener Refinanzierungskredite der Nationalbank an die Banken hat jedoch im Vergleich zu den Vorjahren abgenommen. Im ersten Quartal 1999 erhöhte sich der Bestand gelenkter Nationalbankkredite nominal nur unwesentlich im Vergleich zum vierten Quartal des Vorjahres und nahm real um etwa ein Drittel ab. Der Zuwachs bei den gelenkten Krediten machte nur etwa 4 % des Anstiegs der Geldbasis aus; im Vorjahr waren es dagegen noch gut 40 % gewesen. Gleichzeitig ging der Anteil der Kredite an die Regierung an der Geldbasis deutlich zurück (Tabelle 11).

In diesen Entwicklungen schlug sich das Bemühen der Regierung nieder, die mit dem IWF ausgehandelten Bedingungen für eine Kreditvergabe formal zu erfüllen, ohne von ihrem expansiven Kurs abweichen zu müssen. Zu diesen Bedingungen gehörten Obergrenzen für das Wachstum der inländischen Komponente der Geldbasis, insbesondere für Kredite an die Regierung, sowie der Überschußreserven. Um diese Obergrenzen einzuhalten, hatte sich die Nationalbank verpflichtet, die gelenkten Kredite an bevorzugte Sektoren zu kürzen und ihre Refinanzierungszinsen auf ein real positives Niveau anzuheben.

Durch die relative Zurückhaltung bei den gelenkten Krediten an die Geschäftsbanken und bei den Krediten an die Regierung wurden zwar die quantitativen Vorgaben des IWF bezüglich der Ausweitung der Geldbasis und der Überschußreserven erfüllt. Allerdings beließ die Nationalbank die Refinanzierungszinsen unterhalb der Inflationsrate (Abbildung 4) und führte den Geschäftsbanken durch zinslose Devisenwapgeschäfte Liquidität zu, die nicht als Ausweitung der inländischen, sondern der ausländischen Komponente der Geldbasis verbucht wurde (Tabelle 11). Zugleich ermöglichte sie es den Geschäftsbanken, die Mindestreservesätze erheblich zu unterschreiten.¹⁹ Anfang Mai lagen die tatsächlichen Reserven der Geschäftsbanken bei der Hälfte des vorgeschriebenen Niveaus.

Inzwischen haben sich die Probleme im Bankensektor verschärft. Trotz der massiv gewährten Zinssubventionen sind die Eigenkapitalquoten drastisch zurückgegangen. Die gelenkten Kredite, vor allem an die Landwirtschaft, werden vielfach nicht bedient. Zudem belasten Fremdwährungskredite, die aufgrund des dramatischen Wertverlustes der weißrussischen Währung notleidend geworden sind, die Banken. Insgesamt waren Ende Mai nach offiziellen Angaben knapp 20 % der ausstehenden Kredite notleidend. Im ersten Quartal wurden drei Geschäftsbanken für insolvent erklärt. Zusammen halten diese drei Banken fast die Hälfte der Aktiva des gesamten Bankensektors. Eine weitere Bank, die 13 % der Aktiva hält, gilt als nahezu insolvent. Gemessen an international üblichen Rechnungslegungsstandards dürfte das Insolvenzproblem noch wesentlich größer sein.

¹⁹ International Monetary Fund (IMF): Republic of Belarus — Recent Economic Development. Washington, D.C., 1999.

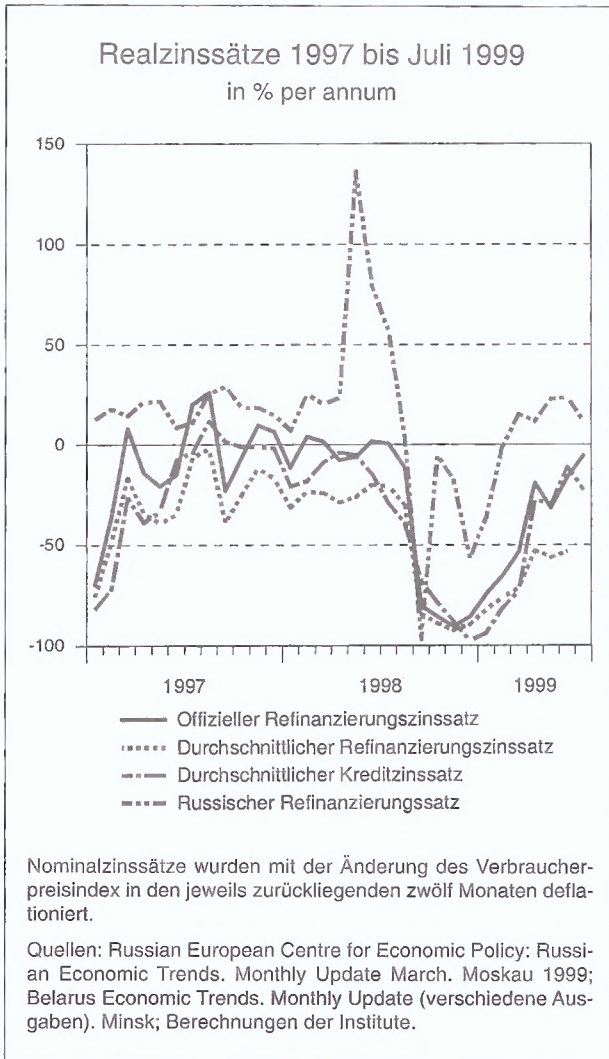
Tabelle 11

Herkunft und Verwendung der Geldbasis 1998 und 1999
in %

	1998				1999		
	I	II	III	IV	I	II	Juli
Herkunft							
Devisenreserven (netto)	0,1	0,3	0,6	5,7	10,3	8,9	7,7
Inländische Aktiva (netto)	99,9	99,7	99,4	94,3	89,7	91,1	92,3
Forderungen an die Zentralregierung	48,9	37,4	39,5	75,9	71,1	63,3	57,6
Forderungen an Banken	73,5	82,8	83,8	77,2	64,7	63,7	66,3
Sonstige Aktiva	-23,0	-21,1	-24,4	-59,4	-47,1	-36,7	-32,4
Verwendung¹⁾							
Bargeld	43,2	46,0	43,9	40,8	40,0	56,0	57,4
Pflichtreserven der Geschäftsbanken	30,0	27,1	25,8	27,9	33,3	31,9	26,9
Überschußreserven	23,6	23,8	26,0	29,1	25,1	10,7	13,6

¹⁾ Die Differenz zwischen den Anteilen der drei aufgeführten Kategorien und 100 % besteht aus „sonstigen“ Konten, die nicht den Reserven zugerechnet werden.

Quellen: Belarus Economic Trends, verschiedene Ausgaben; Berechnungen der Institute.



Für die offiziell als insolvent eingestufteten Banken wurde ein Rekapitalisierungsplan vorgelegt. Demgemäß sollen die Forderungen der Nationalbank aus zweckgebundenen Refinanzierungskrediten in Eigenkapitalbeteiligungen umgewandelt werden, die anschließend auf das Finanzministerium übertragen werden sollen. Außerdem ist vorgesehen, daß das Finanzministerium neues Eigenkapital zuschießt. Offiziellen Angaben zufolge war die Rekapitalisierung der ersten Bank Anfang Juni 1999 abgeschlossen. Dennoch sind die bisher beschlossenen Maßnahmen nicht geeignet, die Probleme im Bankensektor dauerhaft zu lösen, da sie deren Ursachen unangetastet lassen. Für eine dauerhafte Lösung müßten die Banken von der Aufgabe befreit werden, die quasi-fiskalischen Subventionen an Land- und Bauwirtschaft zu finanzieren. Außerdem müßte die Geldpolitik insgesamt auf einen Kurs einschwenken, der den fortgesetzten Wertverfall des Rubel verhindert, damit die Verluste der Banken aus Fremdwährungskrediten begrenzt werden können.

Derzeit existieren zwei offizielle Wechselkurse und drei weitere Kurse, die mehr oder weniger stark marktbestimmt sind. Die offiziellen Kurse sind gegenüber den marktnäheren Kursen stark überbewertet. Der „offizielle“ Kurs wird von der Nationalbank administrativ festgesetzt und gilt für die Hauptsitzung der Minsker Börse. Zu diesem Kurs müssen Exporteure etwa 15 % ihrer Fremdwährungserlöse an die Nationalbank verkaufen. Der zweite offizielle Kurs ist der am Interbankenmarkt. Dieser Markt war bis Januar 1999 extrem reguliert, sowohl bezüglich der gehandelten Mengen als auch bezüglich des Kurspielraums. Die Restriktionen wurden im Januar zwar abgeschafft; dennoch ist der Markt nicht völlig liberalisiert, denn es bestehen weiterhin Regelungen, die die freie Kursbildung beeinträchtigen, und die Nationalbank übt Druck aus, um den Kurs zu beeinflussen.

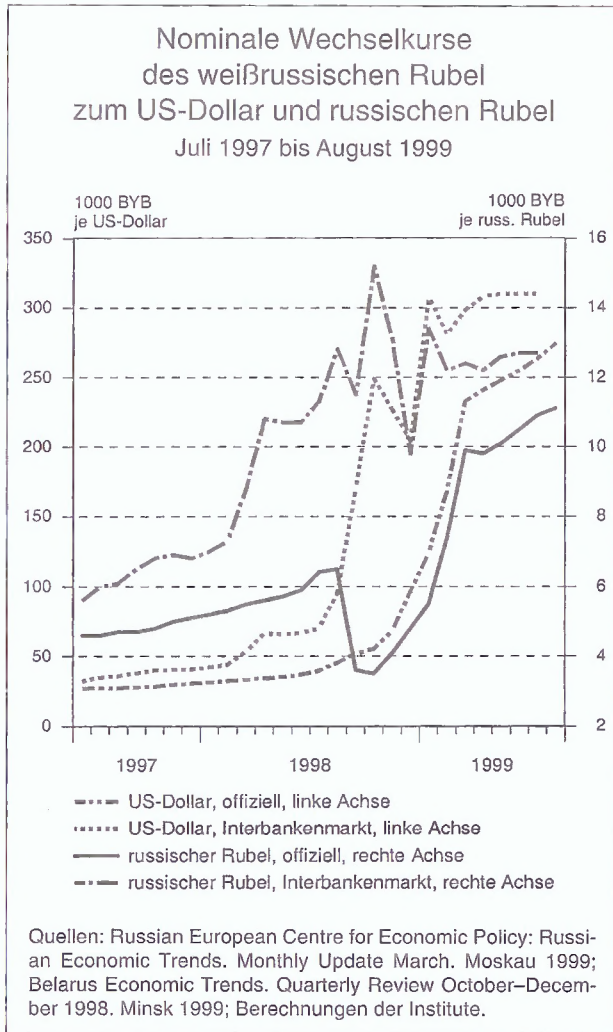
Neben den beiden offiziellen Märkten gibt es einen — allerdings wenig liquiden — freien Markt in Moskau. Außerdem wird der Rubel in staatlich lizenzierten Wechselstuben gehandelt, die einer 30prozentigen Ablieferungspflicht ihrer Fremdwährungseinnahmen zum offiziellen Kurs der Zentralbank unterliegen. Die Zentralbank beeinflusst die Kurse in den Wechselstuben auch, indem sie eine Obergrenze für die Differenz zu ihrem offiziellen Kurs „empfiehlt“. Der fünfte Wechselkurs ist der Schwarzmarktkurs. Offenbar beabsichtigt die Regierung, die verschiedenen nominalen Wechselkurse bis zum Jahresende 1999 zusammenzuführen.²⁰

Der offizielle Wechselkurs der Nationalbank wurde im ersten Quartal 1999 gegenüber dem US-Dollar nominal um fast 60 % abgewertet. In den Folgemonaten reduzierte die Nationalbank die monatliche Abwertungsrate im Schnitt auf etwas mehr als 3%. In der zweiten Oktoberhälfte lag der offizielle Kurs bei nahezu 300 000 Rubel/Dollar. Der offizielle Wechselkurs zum russischen Rubel entwickelte sich weitgehend parallel zum Dollarkurs (Abbildung 5). Die erhebliche Abwertung zum US-Dollar im ersten Quartal hat dazu geführt, daß die Lücke gegenüber dem marktnäheren Kurs am Interbankenmarkt zunächst kleiner wurde. Im Mai 1999 betrug die Lücke noch etwa 25 % (über 150 % im Januar). Gegenüber dem Schwarzmarktkurs war der offizielle Kurs zu diesem Zeitpunkt jedoch immer noch um etwa 70 % überbewertet. Bis Mitte Oktober wertete der Rubel am Schwarzmarkt auf etwa 660 000 Rubel/US-Dollar ab; damit lag der Schwarzmarktkurs wieder um mehr als 100 % über dem offiziellen Kurs der Zentralbank.

Real wertete der Kurs am Interbankenmarkt gegenüber dem US-Dollar in den ersten fünf Monaten 1999 um gut die Hälfte ab. Der Großteil der Abwertung fand bereits im

²⁰ Zeitweise verkündete die Regierung Pläne, den Rubel an den Euro anzubinden.

Abbildung 5



Januar statt. Seitdem hat sich das Abwertungstempo deutlich verlangsamt (Abbildung 6). Gegenüber dem russischen Rubel, der Währung des bislang wichtigsten Handelspartners, hat es dagegen in der ersten Hälfte 1999 kaum eine Veränderung des realen Wechselkurses gegeben, so daß die erhebliche reale Aufwertung aus dem letzten Quartal des Vorjahres (um 53 %) bestehen blieb.

Außenwirtschaft

In den Vorjahren war die Zahlungsbilanz regelmäßig geprägt von Leistungsbilanzdefiziten, die durch Nettokapitalimporte, Zahlungsrückstände und den Abbau von Währungsreserven finanziert wurden. Dies hat sich im ersten Halbjahr 1999 geändert (Tabelle 12). Die Kapitalbilanz schloß mit einem geringen Negativsaldo ab, während die Leistungsbilanz erstmals seit Jahren einen leichten Überschuß auswies.

Der Fehlbetrag in der Handelsbilanz — in Dollar gerechnet — ging gegenüber dem zweiten Halbjahr 1998

um über 480 Mill. auf 123 Mill. US-Dollar zurück. Im Vergleich zur ersten Hälfte des Vorjahres betrug der Rückgang sogar fast 720 Mill. US-Dollar.

Zurückzuführen ist dies auf einen außerordentlich starken Rückgang der Importe (–34 % bzw. –25 %). Zum einen hat sich dämpfend ausgewirkt, daß die Handelspartner zunehmend nur noch gegen Vorkasse liefern. Zum anderen haben sich Importe durch die reale Abwertung des weißrussischen Rubels relativ zum US-Dollar deutlich verteuert (vgl. auch Abschnitt Währungspolitik).

Von der Exportseite hat die Handelsbilanz dagegen insgesamt keine Stützung erfahren. Im Gegenteil, die Exporte gingen wertmäßig insgesamt deutlich zurück (–25 % gegenüber der Vorperiode bzw. –32 % gegenüber dem Vorjahr, ebenfalls auf Dollarbasis). Die regionale Entwicklung war allerdings ausgesprochen differenziert. Die Exporte nach Rußland, dem wichtigsten Handelspartner, brachen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum

Abbildung 6

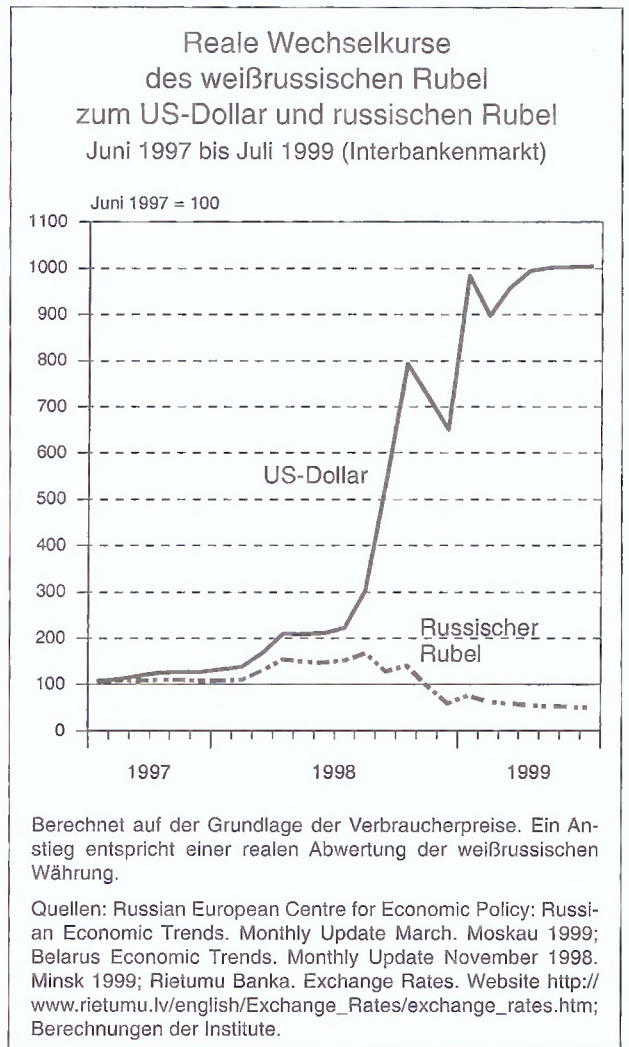


Tabelle 12

Zahlungsbilanz 1997 bis 1999
in Mill. US-Dollar

	1997	1998	1998		1999	
			1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Quartal	1. Halbjahr
Außenhandel	-1 335,4	-1 447,3	-841,0	-606,3	-52,5	-123,0
Exporte	7 382,6	7 081,0	3 651,0	3 430,0	1 327,1	2 871,8
Importe	-8 718,0	-8 528,3	-4 492,0	-4 036,3	-1 379,6	-2 994,8
Nichtfaktordienstleistungen	554,0	439,8	295,0	144,8	74,7	155,0
Export	918,8	.	505,8	.	171,2	365,9
Import	-364,8	.	-210,8	.	-96,5	-210,9
Faktordienstleistungen	-84,6	-77,5	-35,9	-41,6	-18,0	-38,9
Export	31,2	.	5,5	.	8,4	14,2
Import	-115,8	.	-41,4	.	-26,4	-53,1
Transfers (netto)	78,4	140,4	57,3	83,1	15,3	31,8
Saldo der Leistungsbilanz	-787,6	-944,6	-524,6	-420,0	19,5	24,9
Kapitaltransfers	133,2	170,1	78,5	91,6	20,0	31,8
Direktinvestitionen (netto)	197,9	141,5	64,8	76,7	88,0	171,9
Direktinvestitionen Abflüsse	-2,1	.	-1,5	.	-0,2	-0,6
Direktinvestitionen Zuflüsse	200,0	.	66,3	.	88,2	172,4
Portfolioinvestitionen (netto)	-19,8	14,6	-0,8	15,4	8,8	-8,3
Portfolioinvestitionen Abflüsse	-61,6	.	-0,1	.	3,9	2,4
Portfolioinvestitionen Zuflüsse	41,8	.	-0,7	.	4,9	-10,7
Andere Investitionen (netto)	361,8	93,2	25,1	68,1	-107,2	-197,8
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	673,1	419,4	167,6	251,8	9,6	-2,4
Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen	156,9	110,2	15,2	95,0	-50,7	-53,3
Saldo	42,4	-415,0	-341,8	-73,2	-21,6	-30,8
Finanzierung	-42,4	415,0	341,8	73,2	21,6	30,8
Reserveaktiva	77,0	53,7	99,6	-45,9	2,7	38,9
IMF	0,0	-24,4	-7,9	-16,5	-16,7	-33,6
Sonderfinanzierung	-119,4	385,7	250,1	135,6	35,6	25,5

Quellen: International Monetary Fund (IMF): Belarus — Recent Economic Developments, Washington, D.C., 1999; Nationalbank Belarus; Belarus Economic Trends, verschiedene Ausgaben; Berechnungen der Institute.

um nahezu 40 % ein. Offenbar werden die weißrussischen Exporte immer noch durch die letztjährige reale Aufwertung gegenüber dem russischen Rubel belastet. Dagegen legten die Exporte in den Nicht-GUS-Raum um fast 36 % zu (Deutschland: +13 %). Der Anteil Rußlands an den weißrussischen Exporten ging damit von nahezu 70 % auf etwa 53 % zurück. Umgekehrt nahm der Anteil der Nicht-GUS-Staaten von etwa 23 % auf fast 40 % zu.

Der Barterhandel hat im Berichtszeitraum weiter an Bedeutung gewonnen. Im Zeitraum Januar bis Juli 1999 wurde ein Drittel der gesamten Importe auf diesem Wege abgewickelt (nach einem Viertel im entsprechenden Zeitraum 1998). Bei den Exporten stieg der Barteranteil auf fast 37 % (nach 32 % 1998). Ausschlaggebend war hier vor allem der Handel mit Rußland und anderen GUS-Ländern, auf die 84 % des gesamten Barterhandels entfielen. Der Barteranteil erhöhte sich bei den Exporten nach Rußland auf über 50 % (nach 38 % 1998) und bei den Importen auf fast 45 % (nach 35 % 1998).

In der Kapitalbilanz ist eine starke Abnahme der Kapitalzuflüsse zu verzeichnen. Insbesondere bei den sonstigen

Kapitalströmen, die vor allem Handelskredite beinhalten, kam es im Gegensatz zu den Vorjahren zu erheblichen Nettoabflüssen. Die ausländischen Direktinvestitionen legten kräftig zu, wenn auch auf einem sehr niedrigen Niveau. Sie übertrafen bereits zur Jahresmitte 1999 die Zuflüsse für das Gesamtjahr 1998. Bei den Portfolioinvestitionen dagegen kam es, trotz eines zwischenzeitlichen Zustroms im ersten Quartal, für das gesamte erste Halbjahr zu einem Abfluß.

Für den Finanzierungssaldo der Zahlungsbilanz ergab sich aufgrund der ausgeprägten Verbesserung der Handelsbilanz im ersten Halbjahr 1999 ein deutlich geringerer Fehlbetrag als zuletzt. Entsprechend stiegen die weißrussischen Währungsreserven gegenüber der zweiten Hälfte 1998 deutlich und hatten netto wieder ein positives Vorzeichen. Die Zahlungsbilanzsituation stellt sich somit etwas weniger prekär dar als noch in der zweiten Hälfte des Vorjahres. Allerdings kann von einer Entspannung weiterhin nicht die Rede sein, denn die Nettowährungsreserven decken noch immer nur die Importe weniger Tage ab, und im zweiten Quartal zeichnete sich be-

reits eine Umkehr des positiven Trends in der Handels- und Leistungsbilanz ab.

Ordnungspolitik

Der Staat verstärkt seine direkte Kontrolle auf die Wirtschaft und wendet vermehrt Methoden einer planwirtschaftlichen Lenkung an. Er versucht, mittels einer verdeckten Renationalisierung, seinen Einfluß auf die Betriebe zu erhöhen und durch die Ausweitung der Preis- und Außenhandelsregulierungen die Wirtschaftsabläufe zu dirigieren. Dabei ist er jedoch mit Kontrollproblemen konfrontiert, auf die er mit weiteren Repressionen reagiert.

Auf dem Gebiet der Unternehmensprivatisierung wird die tatsächliche Entwicklung durch Besonderheiten der Erfassung geschönt. Als Privatisierung wird auch der Verkauf, der Tausch und die Schenkung einzelner Ausrüstungsgegenstände, Fahrzeuge und Rohstoffe bezeichnet. Die Anzahl der in den nichtstaatlichen Sektor transferierten Objekte ist seit 1998, allerdings von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau, gestiegen (Tabelle 13).²¹ Als privatisiert gelten auch Staatsunternehmen, die lediglich

in Kapitalgesellschaften umgewandelt worden sind. Bei der Umwandlung hat das Tempo seit 1998 deutlich abgenommen; in den ersten acht Monaten 1999 wurden nur noch 48 Unternehmen umgewandelt. Die eigentliche Privatisierung umfaßte von 1991 bis August 1999 insgesamt nur 1 899 überwiegend kleinere Unternehmen. In diesen Unternehmen sind rund 15% der Beschäftigten tätig. 1999 hat sich das Tempo der Privatisierung weiter verlangsamt: Im Zeitraum Januar bis August wurden lediglich 44 Unternehmen, fast ausschließlich kommunale Betriebe, verkauft.²² Ein politischer Wille zur Beschleunigung der Privatisierung ist derzeit nicht erkennbar. Selbst

²¹ Zum „nichtstaatlichen Sektor“ werden in Weißrußland private und teilprivatisierte Unternehmen gezählt, an denen der Staat noch Anteile hält.

²² Die sogenannte Scheckprivatisierung, die Mitte 1999 abgeschlossen werden sollte, stagniert. Zur Jahresmitte hatte die Bevölkerung nur 45% der ihr zustehenden Schecks bei den Ausgabestellen abgeholt und nur 40% der Scheckbesitzer hatten ihre Schecks im Rahmen der Privatisierung eingesetzt. Die Frist für die Scheckprivatisierung wurde bis 2002 verlängert. Vgl. zur Scheckprivatisierung: Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands — Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? DIW et al. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/94. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 234/1994, IWH Forschungsreihe 4/1994.

Tabelle 13

Zahl der umgewandelten und privatisierten Unternehmen 1991 bis 1999

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 Januar bis August	Ins- gesamt
Privatisierte Unternehmen	58	186	174	424	208	266	299	240	44	1 899
Privatisiert durch:										
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	34	47	57	152	35	58	76	53	17	529
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	13	87	24	12	1	0	0	0	0	137
Direktverkauf, Auktion	11	52	93	260	172	208	223	187	27	1 233
davon:										
Republikeseigentum	16	29	72	32	1	5	1	11	2	169
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	9	20	44	28	1	5	1	11	2	121
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	6	8	10	1	0	0	0	0	0	25
Direktverkauf, Auktion	1	1	18	3	0	0	0	0	0	23
Kommunales Eigentum	42	157	102	392	207	261	298	229	42	1 730
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	25	27	13	124	34	53	75	42	15	408
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	7	79	14	11	1	0	0	0	0	112
Direktverkauf, Auktion	10	51	75	257	172	208	223	187	27	1 210
Umgewandelte Unternehmen insgesamt	3	4	71	217	259	218	178	89	48	1 087
aus Republikeseigentum	3	3	68	152	52	92	96	40	21	527
aus kommunalem Eigentum	0	1	3	65	207	126	82	49	27	560
Transferierte Objekte insgesamt	-	-	-	-	-	39	98	476	277	890
aus Republikeseigentum	-	-	-	-	-	39	96	89	39	263
aus kommunalem Eigentum	-	-	-	-	-	0	2	387	238	627

Quellen: Belorusskij rynek, Nr. 31/1996, S. 14, Nr. 5/1997, S. 7, Nr. 29/1997, S. 21, Nr. 5/1999, S.15; Belarus Economic Trends, Quarterly Issue, April–June 1999, Minsk 1999; Angaben des weißrussischen Wirtschaftsministeriums; Berechnungen der Institute.

die geringen Fortschritte der Privatisierung müssen relativiert werden. Der Staat hat im Jahresverlauf 1999 versucht, in teilprivatisierten Unternehmen, an denen er noch beteiligt ist, nachträglich eine „Goldene Aktie“ einzuführen.²³ Diese verleiht ihm ein Vetorecht in wichtigen Unternehmensentscheidungen. Eines der betroffenen Unternehmen, in denen der Staat lediglich 2,7% der Aktien hält, hat daraufhin beim Obersten Gerichtshof Klage eingereicht, die jedoch negativ entschieden wurde. Damit wurde ein Präzedenzfall geschaffen. Es muß damit gerechnet werden, daß der Staat mittels der Einführung von „Goldenen Aktien“ seine Einflußnahme auf Betriebe, die nicht vollständig privatisiert wurden, verstärken wird. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß vollständig privatisierte und neugegründete private Betriebe eine relativ geringe Bedeutung haben.²⁴ Mittels der „Goldenen Aktie“ wäre es dem Staat daher möglich, den überwiegenden Teil der Unternehmen durch direkte Eingriffe zu lenken. Fraglich ist allerdings, ob es dem Staat dann gelingt, seine Rechte in einer Vielzahl von Unternehmen auch wirksam auszuüben. Insgesamt ist aber festzustellen, daß der Staat versucht, die Privatisierung auf indirektem Wege rückgängig zu machen. Die Zurechnung teilprivatisierter Unternehmen zum „nichtstaatlichen Sektor“ hat daher rein formalen Charakter.

Der Erwerb von privatem Eigentum an Grund und Boden ist gesetzlich zwar möglich. Auch Ausländer, die an einem weißrussischen Unternehmen beteiligt sind, können im Rahmen der Privatisierung Grundeigentum erwerben. In der Praxis werden Betriebsgrundstücke jedoch, wenn überhaupt, nur an inländische Unternehmen übertragen. In der Landwirtschaft ist die Bedeutung privater Gewerbebetriebe gering. Private landwirtschaftliche Betriebe besitzen lediglich 0,6% der Anbaufläche. Demgegenüber gehören der einheimischen Bevölkerung etwa 10% der Fläche. Sowohl die von privaten Bauern gewerblich genutzte als auch die von der Bevölkerung bestellte Fläche hat in den letzten Jahren nicht zugenommen. Eine weitere Privatisierung ist für die Zukunft nicht vorgesehen.

Die Versorgungsmängel sind ein Resultat starker Eingriffe in die Preisbildung. Bislang unterlag etwa die Hälfte der Verbrauchsgüterpreise einer Preisregulierung. Im Frühjahr 1999 wurde ein Gesetz zur Preisbildung erlassen, das für Güter und Dienstleistungen grundsätzlich zwar eine freie Preisbildung vorsieht, wenn gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.²⁵ Gleichzeitig wurden jedoch die Preisregulierungen für zahlreiche Güter und Dienstleistungen von sozialer Bedeutung ausgeweitet. Anhebungen der Verbraucherpreise sind nur dann erlaubt, wenn gleichzeitig „Maßnahmen zur sozialen Abfederung“ ergriffen werden. Preiserhöhungen, die ein bestimmtes monatliches Maß überschreiten, müssen bei staatlichen Stellen gemeldet werden. Der Zuwachs wird für einzelne Branchen gesondert festgelegt; die erlaubte Spanne liegt

für das zweite Halbjahr 1999 zwischen 15 und 18% pro Quartal. Da die konkrete Art der Regulierung sowie die Kontrolle auch von der Eigentumsform abhängig ist, muß befürchtet werden, daß insbesondere private Anbieter in ihrer Preisgestaltung stärker reglementiert werden. Nachdem die Preisregulierungen in der Vergangenheit häufig umgangen worden waren, soll nun offenbar die Einhaltung schärfer kontrolliert werden.

Die niedrigen Inlandspreise haben illegale Exporte nach sich gezogen. Hierauf war in der Vergangenheit mit Regulierungen des Exports reagiert worden. Diese konnten aber offenbar nicht durchgesetzt werden. Im Sommer 1999 wurde die Regulierung der Außenhandelsaktivitäten erneut geändert.²⁶ Die Ausfuhr von Nahrungsmitteln auch in Länder der gemeinsamen Zollunion, vor allem nach Rußland, unterliegt einer Registrierung. Für bestimmte Güter und Bestimmungsländer sind zudem Export- und Importlizenzen erforderlich. Geregelt wird dabei auch die Ausfuhr von Textilien in die EU. Ausgenommen von der Lizenzerteilung und Registrierung sind Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung von mehr als 30%. Eine weitere Neuerung betrifft grenzüberschreitende Bartergeschäfte. Um den Tauschhandel einzuschränken, wird seit dem 1. Juli 1999 eine sogenannte „Rentengebühr“ in Höhe von 15% der Vertragssumme erhoben. Bei Nichtzahlung der Gebühr sind hohe Strafen vorgesehen. Importe strategisch wichtiger Güter (u. a. Rohstoffe und Energieträger) sind von der Gebühr befreit.²⁷ Fraglich bleibt, ob die Außenhandelstätigkeit tatsächlich besser überwacht und auch der Umfang illegaler Exporte reduziert werden kann.

²³ Vgl. zur „Goldenen Aktie“: Die wirtschaftliche Lage Weißrusslands: Verordnetes Wachstum endet in Währungskrise. DIW et al. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 17/98. Auch abgedruckt in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 314/1998, IWH Forschungsreihe 3/1998.

²⁴ Die Neugründung und Tätigkeit privater Unternehmen wird stark behindert. Betroffen sind insbesondere die privaten Kleinunternehmen; deren Anzahl beträgt lediglich 5 000.

²⁵ Vgl. für eine Übersicht der in jüngerer Zeit erlassenen Preisverordnungen und weiterer rechtlichen Regelungen: Belarus Economic Trends, Quarterly Issue, April – June 1999, S. 102-108. Wichtige Regelungen sind: Zakon Respubliki Belarus' „O cenoobrazovanii“, in: Vedomosti nacional'nogo Sobranija Respubliki Belarus', No. 19-20/1999, S. 114-124. Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus' „O nekotorych merach po stabilizacii cen (tarifov) Respubliki Belarus'“, in: Sobranie dekretov, ukazov i postanovlenij pravitel'stva Respubliki Belarus', No. 15/1999, S. 43-52. Postanovlenie Soveta Ministrov Respubliki Belarus' „Ob utverzdenii perečnej social'no značimych tovarov (rabot, uslug) i lekarstvennych sredstv, ceny (tarify) na kotorye regulirujutsja Ministerstvom ekonomiki, oblispolkomami i Minskim gorispolkomom“, in: Sobranie dekretov, ukazov i postanovlenij pravitel'stva Respubliki Belarus', No. 18/1999, S. 100-103.

²⁶ Vgl. Postanovlenie Soveta Ministrov Respubliki Belarus' „O soveršenstvovanii netarifnogo regulirovanija vnešnej torgovli v Respublike Belarus'“, in: Sobranie dekretov, ukazov i postanovlenij pravitel'stva Respubliki Belarus', Nr. 18/1999, S. 113-132.

²⁷ Belarus Economic Trends, April – June 1999, S. 77.

Der im Frühjahr 1997 zwischen Weißrußland und Rußland geschlossene Unionsvertrag wurde Ende 1998 zunächst durch weitere bilaterale Abkommen ergänzt.²⁸ Im Jahresverlauf 1999 wurde der Abstimmungsprozeß fortgesetzt und Mitte Oktober ein Entwurf über einen Unionsstaat vorgelegt.²⁹ In diesem ist festgelegt, daß die beiden Staaten bei freiwilliger Abtretung von Vollmachten an die Unionsorgane (Oberster Staatsrat, Parlament, Ministerrat) ihre Souveränität behalten. Es ist vorgesehen, in Etappen ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet zu bilden.³⁰ Hierzu sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die makroökonomische Lage in beiden Ländern anzugleichen. Geplant ist die Einführung einer gemeinsamen Währung und Notenbank. Das Budget des bereits existierenden, quantitativ aber bedeutungslosen Unionshaushalts, der unter Beibehaltung der beiden Staatshaushalte fortgeführt wird, soll durch jährlich vereinbarte Zuweisungen beider Länder gespeist werden und zur Finanzierung gemeinsamer Projekte dienen. Gegenüber Drittstaaten soll eine gemeinsame Außenhandelspolitik betrieben werden; die Regulierung des Handels sowie die Zölle sollen vereinheitlicht werden. Des Weiteren sind eine gemeinsame Preispolitik und eine Abstimmung in der Sozialpolitik geplant. Schließlich ist vorgesehen, rechtliche Regelungen anzugleichen; beispielsweise sollen alle Eigentumsformen in gleicher Weise geschützt werden. Ähnlich weitreichende Vorstellungen einer Integration wurden bereits in den bisher geschlossenen Abkommen formuliert, jedoch nur wenig konkrete Schritte zu ihrer Umsetzung unternommen.

Zusammenfassung

Die Republik Belarus verfolgt seit Jahren eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik. Die Hoffnungen zielen darauf, durch eine wirtschaftliche Anbindung an Rußland — bis hin zur staatlichen Union — marktwirtschaftliche Reformen vermeiden zu können. Bis ins Jahr 1998 hinein hatte Rußland sein Nachbarland, vor allem durch verbilligte Energielieferungen und durch die Abnahme weißrussischer Waren zu günstigen Preisen, über Wasser gehalten. Die russische Krise hat dann den weißrussischen Hoffnungen einen empfindlichen Dämpfer versetzt. In Rußland gibt es zwar politische Kräfte, die nicht abgeneigt sind, dem weißrussischen Beispiel zu folgen. Dennoch hat die Krise gezeigt, daß die Sorge um die Republik Belarus nicht zu den ersten Prioritäten Rußlands gehört.

Die krisenhafte Entwicklung in der Republik Belarus kommt in den offiziellen Statistiken nur unvollkommen zum Ausdruck. Dennoch sind die Veränderungen drama-

tisch. Das Wachstum des Sozialprodukts ist in der Beobachtungsperiode fast zum Stillstand gekommen, nachdem es in der entsprechenden Vorjahresperiode noch gut 10% betragen hatte. Der private Konsum stagnierte nur noch, nachdem er im Vorjahr noch um 40% zugenommen hatte. Ohne die Selbstversorgung aus privatem Anbau wäre die Ernährung der Bevölkerung gefährdet. Bei Stagnation der Investitionen insgesamt gingen die Anlageinvestitionen um ein Viertel zurück. Auch die Industrieproduktion verzeichnete einen deutlichen Rückgang.

Stabilisierend wirkte allein der Anstieg des Außenbeitrags, der aber vor allem einem starken Rückgang der Importe zuzuschreiben ist. Bei den Exporten haben die sich zuspitzenden wirtschaftlichen Probleme eine Umorientierung erzwungen. Der Anteil der Exporte nach Rußland ist deutlich zurückgegangen. Die Exporte in den Nicht-GUS-Raum nahmen dagegen zu. Dabei ist es jedoch kaum gelungen, die erhebliche reale Abwertung des Rubel in eine verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit umzumünzen. Vielmehr reflektieren die gestiegenen Exporte in den Nicht-GUS-Raum zu einem erheblichen Teil offenbar Notverkäufe im Zusammenhang mit der zunehmenden Devisenknappheit. Die Inflationsrate liegt weiterhin im dreistelligen Bereich, auch wenn sie im Vergleich zum Vorjahr, unter anderem aufgrund von Preiskontrollen, etwas zurückgegangen ist.

Selbstverständlich bleibt die wirtschaftliche Entwicklung der Republik Belarus stark von außenwirtschaftlichen Einflüssen, vor allem aus Rußland, geprägt. Die vorhandenen wirtschaftspolitischen Spielräume werden jedoch nicht genutzt. Es gibt daher keine Aussichten, daß sich Belarus aus seiner wirtschaftspolitischen Sackgasse befreien kann. Eine Stagnation des BIP (bei einer Wachstumsrate von 0 bis 1%) ist wahrscheinlich. Die Inflation wird im dreistelligen Bereich bleiben und könnte sich sogar wieder beschleunigen.

Für das kommende Jahr ist zu erwarten, daß sich die negative Entwicklung fortsetzen wird. Zwar hat sich die Lage in Rußland nach der Krise wieder stabilisiert. Aber es ist nicht damit zu rechnen, daß es dort zu einer Aufwärtsentwicklung kommt, die kräftig genug wäre, eine wirtschaftliche Erholung in Belarus anzustoßen.

²⁸ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands: Verfall wird offenkundig, a.a.O.

²⁹ Vgl. Rossijskaja gazeta vom 8. Oktober 1999.

³⁰ Ausdrücklich erwähnt ist, daß die Tätigkeit ausländischer juristischer Personen bis zur Schaffung der Union auf der Grundlage der jeweils in den Staaten gültigen Gesetze geregelt wird.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglich, Carsten Stahmer, unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehndel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 166 **Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland bis zum Jahr 2010 — Ergebnisse quantitativer Szenarien.** Von Martin Gornig, Bernd Görzig, Claudius Schmidt-Faber und Erika Schulz. 169 S. 1997. (3-428-09126-4). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—
- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU-Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold, unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels, unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch, unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röllner, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wetzig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—
- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dieter Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). DM 140,— / öS 1.022,— / sFr 124,—
- Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg — Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglich. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—
- Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Gh Kassel), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50,—

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>
Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus — Sonderweg immer mehr ein Leidensweg.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—, zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304